



Tätigkeitsbericht 2007 der Grünen Bildungswerkstatt Wien

pB01 Werkstattgespräche

pB01.001 Menasse R. - Bildung und Barbarei

Bildung ist Aufklärung, Herstellen von Zusammenhängen. Sie ist Horizonterweiterung, weil sie Fragen verbindet, die gemeinhin unverbunden nebeneinander stehen. Bildung hilft, die Widersprüche der Welt wahrzunehmen und Zusammenhänge zu erkennen. Doch Bildung ist auch die Produktion von Humankapital, eine Anlage, die den Wert der Ich-AG erhöht. Sie produziert verwertbares Wissen, um im Wettbewerb der Köpfe, Standorte und Nationen zu bestehen. Bildungsoffensiven sind in Mode. Die Schlüsselrolle von Bildung als Produktivkraft ist unbestritten. Doch wovon reden wir, wenn wir von Bildung reden? Wohin führt die vorherrschende Form verzweckter Bildung, die Ethik und gemeinsames Gestalten von Gesellschaft ausblendet? Und welche Bedeutung kommt hierbei politischer Bildung zu?

Am 16.01.07 in 1100 Wien
TN 30
Teilkosten 373,10

pB01.002 Grünes Einwanderungsmodell

Die GBW-Wien organisierte mit Alev Korun, die den Entstehungsprozess des Einwanderungsmodells begleitet hat, und Petra Neuhold, die sich damit kritisch auseinandergesetzt hat (siehe dazu den Diskussionsbeitrag von Petra Neuhold), eine Dialogveranstaltung zu diesem Thema. Dabei geht es noch nicht um das Erarbeiten von Kompromissen oder Lösungen, sondern um den Versuch, unterschiedliche Politikzugänge besser zu verstehen. Konkretes, pragmatisches Handeln im Parlament und gesellschaftsverändernde, alternative Politik sind zwei Formen politischen Handelns mit ihren Stärken und

Schwächen. Grüne Migrationspolitik braucht beides, sie muss pragmatisch und visionär sein. Die Kunst der Politik, beides zu verbinden, kann geübt werden. Zuhören und verstehen anderer Positionen sind dazu ein erster Schritt.

Am 09.01.07 in 1070 Wien
TN 35
Teilkosten 250

Projektkosten: 623,10

pB02 Bildungsangebote Grüne Basis

pB02.003 Modul Sozialdemokratie

Diskussionsreihe Sozialdemokratie

Teil 1: Geschichte der Sozialdemokratie, 17. Oktober 2006

Teil 2: Das rote Wien, Dienstag, 20. März 2007

Teil 3: Austromarxismus, 24. April 2007

Mi 4. Okt 2006 / Redaktion

Die GBW-Wien startete im Oktober 2006 eine Bildungsreihe zum Thema Sozialdemokratie. Dies ist der erste Teil eines Projekts zur Aufarbeitung von Geschichte und Ideologie der politischen Parteien Österreichs, dessen Initiative von einem von der letzten Generalversammlung beschlossenen Antrag gesetzt wurde.

In dieser dreiteiligen Reihe wird Reinhard Pirker von der Wirtschaftsuniversität Wien über die Geschichte der Sozialdemokratie, den Austromarxismus und das Rote Wien informieren, um unser Wissen über die österreichische Geschichte zu vertiefen, die Verortung der Grünen im Parteienspektrum zu reflektieren und gemeinsam Orientierung für das politische Handeln in der Zukunft zu finden.

Teil 1: Geschichte der Sozialdemokratie

Termin: Dienstag, 17. Oktober 2006, 19:00 Uhr

Ort: Bezirkslokal der Neubauer Grünen, Hermannsgasse 21, 1070 Wien

Gerade nach den Nationalratswahlen gewinnt die Auseinandersetzung mit der Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung aktuelle Bedeutung. Der Wahlsieg der Sozialdemokratie bietet einen willkommenen Anlass, um aus grüner Perspektive einerseits die Wurzeln der ArbeiterInnenpartei in den Blick zu nehmen, andererseits die historische Entwicklung der Partei kritisch zu durchleuchten. Für die grüne Bewegung geht es dabei auch immer wieder um eine Neuauslotung des Verhältnisses zur Sozialdemokratie: Wo gibt es Überschneidungen? Worin bestehen die Gegensätze? Wie stehen die Grünen zur Entwicklung der Sozialdemokratie von einer ArbeiterInnenpartei, die für den Sozialismus kämpfte, zu einer Partei der „Mitte“, die den dritten Weg suchend Fairness plakatiert?

Der Umgang mit der eigenen Geschichte hat weitreichende Konsequenzen für gegenwärtiges Handeln. Die Sozialdemokratie bezieht sich stolz auf ihre

Gründungsgeschichte, doch dieser Bezug hat oft nur anekdotischen bis verklärenden Wert, wenn nicht zeitgleich der Versuch unternommen wird, Kontinuitäten und Brüche auszumachen. Die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung kann für aktuelle politische Kämpfe fruchtbringend sein, wenn zwei Ansatzpunkte vermieden werden: Einerseits kann die Referenzierung der eigenen Geschichte nicht mit der Absicht passieren, lediglich die Legitimation gegenwärtiger Politik zu wollen. Andererseits führt die Glorifizierung der Kreisky-Hegemonie zu einem nostalgischen Reflex, bei dem anstehende emanzipatorische Projekte aus dem Blick geraten.

Teil 2: Das rote Wien

Termin: Dienstag, 20. März 2007, 19:00 Uhr
Ort: Seminarraum der GBW-Wien, Neubaugasse 8

Bis zur Auflösung, dem Verbot der Partei 1934 nach den Februarkämpfen, regierte die Sozialdemokratische Partei in Wien, das mit der Verfassung 1920 ein eigenes Bundesland wurde, mit absoluter Mehrheit. Neben vielen sozialpolitischen Großleistungen, die über spezielle Steuern auf „Luxusverbrauch“ finanziert wurden, ist das „Rote Wien“ vor allem durch seine Bautätigkeit bekannt geworden, welche international große Beachtung fand. Die Gemeindehöfe sind Zeugnisse dieser Politik, die vom politischen Gegner, den Christlich-Sozialen, welche Gesamtösterreich in wechselnden Koalitionen mit anderen Gruppierungen regierten (die Sozialdemokraten waren bundespolitisch ab 1920 in Opposition), auf das Heftigste bekämpft wurde. Die Februarkämpfe 1934, die die Regierung Dollfuß unter Einsatz des österreichischen Bundesheeres blutig beendete, hatten das Verbot der sozialdemokratischen Partei zur Folge. Das Wiener Experiment war damit beendet.

Organisatorisch war das Rote Wien gekennzeichnet durch eine mehr oder weniger lückenlose Erfassung proletarischer und verwandter (nicht-bürgerlicher) Schichten in Parteiorganisationen, um eine „proletarische Gegenkultur“ aufzubauen.

Teil 3: Austromarxismus

Termin: Dienstag, 24. April 2007, 19:00 Uhr
Ort: Seminarraum der GBW-Wien, Neubaugasse 8

Austromarxismus meint vor allem eine Gruppe von kongenialen Denkern im Wien der ausgehenden Habsburg-Monarchie (bis zum Ende der ersten Republik), die innerhalb der österreichischen sozialdemokratischen Partei zeitweise sehr angesehen und von großem Einfluss waren. Die vier bekanntesten davon sind Max Adler (mit dem „Parteigründer“ Viktor Adler und dessen Sohn Friedrich nicht verwandt), Otto Bauer, Rudolf Hilferding und Karl Renner. Bauer war für seine sozialisierungstheoretischen Schriften und Arbeiten zur Nationalitätenfrage bekannt, Adler war der Sozialphilosoph der Partei, Hilferding der Ökonom und Renner der Rechtstheoretiker. Alle waren jedoch nicht nur Theoretiker, sondern auch führende

Politiker der Partei, Hilferding später in der deutschen Weimarer Republik.

Jedenfalls stellt der Austromarxismus keinesfalls nur ein Aufwärmen Marxscher Postulate dar, sondern verkörpert eine eigenständige, in der Arbeiterbewegung selbst verwurzelte theoretische Anstrengung, marxistische Sichtweisen auf aktuelle Probleme von Partei und Gesellschaft anzuwenden.

Eine Diskussionsreihe mit Reinhard Pirker.

Am 23.10.06 in 1070 Wien
TN 30
Teilkosten 1.033,84

pB02.004 Grünalternative Stadtentwicklung

Im Rahmen des Lehrgangs „Grünalternative Stadtentwicklung“ wurden gemeinsam Kenntnisse über Stadt, Entwicklung und Planung erarbeitet und vertieft. Neben der Analyse urbaner Trends in den Bereichen Planung, Verkehr, Wirtschaft, Umwelt und Demokratie wurde Teilhabe als eine grüne Utopie der Stadt vorgestellt. In der Gegenüberstellung von stattfindenden und gewünschten Entwicklungen wurde eine umfassende Sicht auf Stadtentwicklung, ihre AkteurInnen und Strukturen möglich – eine wichtige Voraussetzung für politische Handlungsfähigkeit und die Umsetzung grünalternativer Grundsätze in der Kommunalpolitik.

Methode:

Der Lehrgang war ein Pilotprojekt, das sich an den didaktischen Erfahrungen aus dem Polit-ökonomischen Dialog orientierte. Das gemeinsame Lernen wurde dialogisch organisiert und das Wissen aller Beteiligten für das gemeinsame Lernen ausgenützt. Gespräch und Teamarbeit waren ebenso wichtig wie vortragsähnliche Inputs und Filme. Die geplante Exkursion fand aus Zeitmangel nicht statt.

Jedes Modul war auf den Inputs von externen ExpertInnen aus der Wissenschaft bzw. der Praxis und einer Grünen PolitikerIn aufgebaut. Elisabeth Hammer moderierte die gesamte Veranstaltung und wurde inhaltlich von Andreas Novy und Lukas Lengauer unterstützt. Die Module bauten aufeinander auf. Die Teilnahme war an den Besuch aller vier Module gebunden.

Zielgruppe waren BezirksrätInnen und AktivistInnen der Wiener Grünen, mit den Grünen sympathisierende Personen und KommunalpolitikerInnen aus anderen Bundesländern.

Termine:

Modul I: 13. – 14. Apr. 07
Modul II: 04. – 05. Mai. 07
Modul III: 01. – 02. Juni. 07
Modul IV: 08. – 09. Sept. 07

Veranstaltungsort:

Mod I + II Depot, Breite G. 3
Mod III + IV: Grünes Haus

Am 13.04.07 in 1070 Wien

pB02.006 Initiative Grüne SeniorInnen

Einstiegsseminar am 24. 2. 2007
Oswald K., Andreas Novy, Susanne Frühwirth

Einführung: Was ist politische Bildung?

Vgl. Papier Grüne Handschrift in der SeniorInnenpolitik: interessanter Ansatz, klingt nach einer Art Think Tank, was ja erstrebenswert ist.

Vortrag B. Meyer-Schiebel und Andreas Novy

- Angeregt wurde die Bildung von Arbeitsgruppen zu Themen, das Ergebnis wird weitergeleitet an zuständige Gemeinderäte/Abgeordnete
- Information über politische Bildung allgemein: interessante Aufdröselung – politische Bildung soll nicht nur Utopien erstellen, sondern auch zu konkretem Handeln anspornen.

Modul 1 am 29. 3/18.4. 2007

Siegfried Braunschmied, Gertrud Körbler
Politische Argumentation

Es wurden konkrete Diskussionstechniken und Argumentationsläufe vorgestellt, die bei kontroversen Diskussionen gut eingesetzt werden können. Die wurden auch anhand von konkreten Vorgaben geübt. Kurz, aber sehr interessant, weil aufgezeigt wurde, wie schnell man als Ungeübte/r abschweift oder unsachlich oder persönlich wird.

Modul 2 am 10. Mai 2007

Heidi Cammerlander

Wahrhaftigkeit in der Politik oder Spannung zwischen moralischer Grundauffassung und politischer Realität.

Informationen zur politischen Praxis (wie sind die Hierarchien in den Parteien, wodurch wirkt ein Politiker, eine Politikerin glaubwürdig, wie sehr muss man das leben, was man predigt?) und Gründe für Frustration und auch für dennoch weitermachen, weil man sich selbst zurückstellt und der Sache dienen will.

Sehr interessanter Beitrag, allerdings ging er bald in ein allgemeines Geplauder über, so dass keine konkreten Schlussfolgerungen gezogen werden konnten.

Modul 3 am 14. Juni 2007

Ulrike Lunacek und Christian Felber

Kapitalismus – das System. Was können wir ihm entgegenzusetzen?

Hauptthema war der EU-Reformvertrag. Ulrike Lunacek sprach von den Diskussionen im EU-Parlament und den Schwierigkeiten, einen Konsens zu erzielen. Christian Felber stellte die 10 Punkte zum EU-Vertrag vor, die Attac ausgearbeitet hat. Da beide gute RednerInnen sind, ließen sie sich nicht aus dem Konzept bringen und zogen ihre Standpunkte durch. Sehr informativ, eine richtige Debatte wäre nicht angebracht gewesen, weil außer Lunacek keiner im EU-Parlament sitzt und vermutlich auch nie sitzen wird. Aber gute Informationen der Anwesenden, das politische Geschäft ist eben nicht ganz so simpel, wie es manchmal scheint.

Eine kleine Fragestunde wäre schön gewesen, um etwas mehr über die Mechanismen des EU-Parlaments zu hören.

Modul 4 am 27. September 2007

Hikmet Kayahan (ZARA)

Umgang mit dem Problem „Migrantinnen im politischen Alltag“

Geschildert wurde die nicht ganz unbekanntere Tatsache, dass bildungsferne Menschen Schwierigkeiten haben, Fremdes und Fremde anzunehmen. Leider konzentrierte sich der Vortrag auf moslemische Migrantinnen, vornehmlich türkischer Herkunft, das leidige Kopftuch und das einsame Mutterl im Migrantinnenhaus im 15. Bezirk. Auf die Tatsache, dass es immer schon Migration gegeben hat, dass Migrantinnen nicht nur aus Anatolien kommen und es ganz unterschiedliche Anstrengungen von verschiedenen Seiten hinsichtlich Integration und sogar Assimilation gibt, wurde kaum eingegangen. Gut gemeint ist halt nicht immer gut.

Modul 5

Islam als gesellschaftsrelevantes Thema

Kommentar:

Grundsätzlich ist die Initiative sehr zu begrüßen, da sie die Möglichkeit bietet, auch solche Senioren politisch zu aktivieren und in den politischen Diskurs einzubeziehen, die aus beruflichen oder familiären Gründen zuvor keine Zeit dafür hatten und daher über keinerlei Seilschaften verfügen.

Ein wenig enttäuscht war ich, dass kaum relevante Debatten stattfanden und auch – im Gegensatz zu dem in der Einführung erwähnten Papier – keine Themen wirklich gründlich behandelt wurden. Auch der manchmal etwas an den Kindergarten meiner Enkel gemahnende Ton hat mich ein wenig irritiert. Bei der Vorstellung der TeilnehmerInnen ganz am Anfang hatte ich schon den Eindruck, dass die Mehrzahl der Anwesenden eine Ausbildung absolviert und auch ein Leben lang recht hart gearbeitet haben, also über eine gewisse Lebenserfahrung verfügen und durchaus ein paar Gedanken zur Entwicklung der Gesellschaft beitragen könnten.

Nun ist es sicherlich schwierig, aus zwar gleichaltrigen, aber mit sehr unterschiedlicher Lebenserfahrung und auch unterschiedlichen Interessen behafteten Menschen sofort einen Think Tank zu bilden. Aber ein paar Vorschläge möchte ich schon machen, die die Sache vielleicht straffen könnten:

1. Bei der Einführung sollten die Themen/das Thema der Vortragsreihe vorgestellt und die Zielsetzung umrissen werden.

2. Sobald die Themen und evtl. die Referenten feststehen, könnte man eine kurze Mail verschicken, die die Eckdaten zum Thema enthält. Das verkürzt den Vortrag des Referenten, er kann sich also auf das Für und Wider seines Gegenstandes konzentrieren.

Die Vorab-Infos versetzen die TeilnehmerInnen in die Lage, einigermaßen qualifiziert zu diskutieren. Das kommt auch den Referenten entgegen, denn eine Debatte auf Augenhöhe mit ein paar sachlichen Argumenten verhindert, dass erst einmal emotional losgepölkert und Zeit verloren wird.

3. Zu überlegen wäre hier auch, ob eine neue Vortragsreihe nur ein Thema aufgreifen, dieses aber von verschiedenen Seiten beleuchten könnte. Denn das würde in der Tat

ermöglichen, einem Gemeinderat/Abgeordneten ein kleines Dossier vorzulegen, das die Ergebnisse der Diskussionen stichwortartig enthält. Das wäre der Anfang eines authentischen Think Tanks, wie in der Einführung seinerzeit angedeutet wurde. Vielleicht hat ja auch der eine oder andere Abgeordnete ein Thema, bei dem er „Denkhilfe“ von ein paar Leuten brauchen kann, die nicht mehr einem Posten/einer Funktion nachlaufen oder berufliche Rücksichten nehmen müssen.

4. Zu guter Letzt: Ein strafferer Umgang mit der Zeit und eine strengere Moderation täten der Sache auch gut. Selbst PensionistInnen haben diverse Verpflichtungen – nicht zu reden von den ReferentInnen – und die Konzentration nimmt ab, wenn lange Pausen oder Verzögerungen im Ablauf auftreten. Plaudern können wir auch im Kaffeehaus, danach oder davor.

Trotzdem: Ein großes Dankeschön an alle Vortragenden und natürlich an die Organisatoren – das war wohl viel Arbeit!

Am 24.02.07 in 1070 Wien

TN 30

Teilkosten 252,71

pB02.007 Bezirksgruppentag

Wer kennt sie nicht, die Grünen, die auf der Straße diskutieren und in der Bezirksvertretung grüne Alternativen gegen rot-schwarze Mehrheiten durchzusetzen trachten. Bezirksgruppen als die Vor-Ort-Organisationen sind das Rückgrat der Partei.

18 von 23 Bezirksgruppen haben sich im Bildungszentrum der AK Wien getroffen, um sich auszutauschen und zu erfahren, was in anderen Bezirken passiert, um voneinander und miteinander zu lernen und um sich zu vernetzen.

Im ersten Teil erarbeiteten die anwesenden Bezirksgruppen einen „Basarstand“ zu den Fragen:

- Was waren in den letzten Jahren unsere größten Erfolge?
- Was waren unsere größten Flops?
- Was haben wir in der nächsten Zeit vor? Woran arbeiten wir gerade?
- Was sind die großen Herausforderungen, mit denen wir uns konfrontiert sehen?

Die anschließende Besichtigung des Basars stieß auf hohes Interesse – und hätte nach Aussage der meisten TeilnehmerInnen auch noch länger dauern können.

Nach dem Mittagessen wurden im Rahmen eines Open Space folgende Themen bearbeitet:

- Verkehr und Stadtplanung
- Was kann man alles mit Bezirksgruppen-Lokalen machen? Wie Menschen dorthin bringen?
- Neue AktivistInnen in Bezirksgruppen bringen
- Radverkehrspolitik am Beispiel Innere Mariahilferstraße
- Bevorstehender Antrag auf Statutenänderung zu Budget und Bezirkskonferenz
- Strategien gegenüber anderen Parteien im Bezirk

Das abschließende Resümee der TeilnehmerInnen war zum Großteil positiv; ein Bezirksgruppentag 2008 wurde eingefordert.

Am 17.11.07 in Wien, Arbeiterkammer

TN 57

Teilkosten 6.618,74

pB02.008 Grüne Weiterbildung

Die Veranstaltung war das erste Modul des Lehrgangs „Politische Theorie und Geschichte der Grünen“, das im Rahmen des Programms „Grüne Weiterbildung“ von der Grünen Alternative Wien in Kooperation mit der Grünen Bildungswerkstatt Wien durchgeführt wird.

Modul 1: 23./24.11. November 2007: Was ist grün?

Die Grünen haben sich in Österreich als neue politische Kraft etabliert. Doch was ist „grün“? Und was erst „grün alternativ“?

Das Seminar beginnt mit einer Annäherung an den Begriff „Ideologie“: Was bedeutet Ideologie für die TeilnehmerInnen? Welche positiven, welche negativen Konnotationen dieses Begriffs gibt es? Um in der Folge anhand des klassischen ideologischen Links-Rechts-Schemas erste Versuche der persönlichen Verortung vorzunehmen.

Nach dem Einholen einer Außensicht zu den Grünen, ihren Veränderungen und aktuellen Herausforderungen, knüpfen die TeilnehmerInnen an ihrem eigenen Zugang zu den Grünen an: Warum engagiere ich mich politisch? Warum bei den Grünen? Welches sind die beiden wichtigsten grünen Grundwerte für mich?

Die letzte Sequenz des Seminars ist dem Versuch gewidmet, die Politik der Grünen im ideologischen Spektrum zu verorten. Zu den Begriffen links / rechts / liberal / bürgerlich / sozialdemokratisch / alternativ werden die Fragen bearbeitet: Was ist an den Grünen links? rechts? etc. Mit welchen Grundwerten hat das zu tun? Welche Beispiele aus der grünen Politik der letzten Zeit fallen uns dazu ein?

Die bearbeiteten Fragen sind für viele TeilnehmerInnen ungewohnt und werden engagiert aufgenommen und diskutiert. Das Lernziel, Lust auf ideologische Verortung zu machen und eine unreflektiert deklarierte Ideologiefreiheit in Frage zu stellen, dürfte gelungen sein.

Gast: Siegfried Mattl (Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte und Gesellschaft)

Es folgen:

Modul 2: 18., 19. Jänner 2008: Von der Bewegung zur Partei

Gäste: Franz Floss (ehem. Bundesgeschäftsführer der Grünen) und

Christa Nickels (Bündnis90 / Die Grünen, ehem. Staatssekretärin im Gesundheitsministerium)

Modul 3: 15., 16. Februar 2008: Politik braucht Utopie – Grüne Politik braucht grüne Utopie

Gast: Alexander Strickner (Obfrau von Attac Österreich)

Am 23.11.07 in Wien

TN 25

Teilkosten 1.214,75

pB02.010 Feministische Herbststriehe

Vorgehensweise

Arbeitsgruppen zu Geschlechtern und wovon Geschlechter und -rollen abhängen, danach Präsentation und Diskussion. Gemeinsames stilles Durchlesen von Middlesex, anschließender kurzer Input von Workshopleiterin Gundula Ludwig zu Antonio Gramsci (Hegemoniebegriff, Alltagsverstand-Begriff). Danach gemeinsames lautes Lesen von den Gefängnisheften mit Kurzdiskussionen, -analysen und Klärungen von Stellen, die gelesen werden und gleichzeitige Herstellung von Verbindungen zum vorhergehenden Text aus Middlesex, daraus geht hervor: Lebensweise und Produktionsweise hängen zusammen, auch Geschlechterverhältnisse spielen dabei eine wichtige Rolle für das Funktionieren (aus den Beispielen: Fordismus benötigt die stabile Familie, in der der Arbeiter sich regeneriert und für die der Arbeiter sinnentleerte Arbeit vollbringt), die „Teile“ des Systems brauchen Stabilisierung, um zu funktionieren (gesundheitlich, psychisch), Moral und Tugenden sind dabei Werte, die betont werden, weil sie als Eigenschaften der jeweiligen ProtagonistInnen wesentlich für das Funktionieren der Gesellschaft sind.

Diskussion und Konklusion, welche Fragen sich aus bearbeiteten Bereichen ergeben:

1. Wie ist die Produktionsweise?
2. Wie ist die Lebensweise?
3. Wie sind die Geschlechterverhältnisse?
4. Wie wird der psycho-physische Zustand stabilisiert?
5. Was ist mit der Moral?

Anhand der 5 Fragen Analyse des Fordismus (Das Handbuch für die gute Ehefrau) und anschließend der jetzigen Zeit (Regierungsprogramm, Frauenmagazine)

Ende: 21:30 Uhr

Feedback: TeilnehmerInnen sehr zufrieden, teilweise noch mehr Erwartung, den vorhergehenden Frigga Haug Vortrag (Was tun, wenn der neue Feminismus neoliberal ist?) aufzuarbeiten. Grundsätzlich wäre noch ein Workshop, der die aufgeworfenen Fragen experimentell bearbeitet, sinnvoll.

Am 11.10.07 in Wien

TN 12

Teilkosten 952,08

Projektkosten: 19.700,88

pB04 Reichtum gerecht verteilen

pB04.001 Wiener Lebenslagen

Wiener Lebenslagen: Armuts- und Reichtumsbiografien (Auftragsstudie)

Hintergrund und Zielsetzung:

Die materiellen und sozialen Lebenschancen und -bedingungen in der Bevölkerung sind zusehends ungleich verteilt. Dieser Befund gründet primär auf der Analyse und Gegenüberstellung verschiedener Wirtschafts- und Sozial-

statistiken (vgl. etwa ÖGPP 2004) und trifft im Speziellen auch auf eine der reichsten Städte Europas zu: Wien. Dessen ungeachtet verbergen sich hinter dem abstrakten Zahlenmaterial, das u.a. als Indikator für soziale Gerechtigkeit und Teilhabechancen dient, auch konkrete Biografien. Die Rekonstruktion ausgewählter Lebensläufe als sinnvolle Ergänzung bzw. als Vorgeschmack einer bislang noch nicht realisierten umfassenden Wiener Armuts- und Reichtumsanalyse, bildet den Kern der Aufgabenstellung. Bis dato fehlt es weitgehend an einer systematischen Erhebung solcher Einzelfälle – das gilt gleichermaßen für die Illustrierung von Armut als auch für Reichtum. Die Auseinandersetzung mit „armen/reichen“ Lebensläufen und die Konfrontierung mit dahinterliegenden gesellschaftlichen Mechanismen und Strukturen, bietet zudem vielfältige Anknüpfungspunkte in Hinblick auf einen breiteren gesellschaftlichen Umverteilungsdiskurs.

Primäres Ziel ist somit die Illustration verschiedener Facetten von Armut und Reichtum in Wien durch personifizierte Einzelfälle. Konkrete Biografien sollen recherchiert, aufbereitet und in weiterer Folge für die politische Arbeit Verwendung finden (Stichwort: Grüne Grundsicherung). Dies kann etwa durch die Abhaltung von Informationsveranstaltungen in den Bezirken geschehen.

Methode(n): Auf Ebene der beiden Pole Armut und Reichtum wird anhand von Fallstudien durch einen qualitativen (biografischen) Zugang versucht aufzuzeigen, was arm und reich sein in Wien auf individueller Ebene bedeuten kann. Aufgrund der unterschiedlichen Quellenlage in den beiden gesellschaftlichen Sphären, wird eine Vielfalt an Methoden bzw. Quellen (von Interviews bis hin zur Abfrage und Auswertung biografischer Datenbanken) zum Einsatz kommen.

Die Aufbereitung von Armutsbiografien soll entlang verschiedener Lebensentwürfe und -situationen erfolgen. Dadurch kann hinsichtlich der Armuts- und Ausgrenzungsrisiken eine Verortung (wer, warum, wie, etc.) vorgenommen werden. Um Armut in Wien sichtbar zu machen, können Beispiele aus den Bereichen Wohnen, Gesundheit, Arbeitsmarkt und Bildung herangezogen werden.

Bei der Darstellung der Reichtumsbiografien soll ebenfalls auf eine möglichst breit gefächerte Auswahl von personifiziertem Geld-, Immobilien- und Unternehmensvermögen zurückgegriffen werden.

Auflage 400

Projektkosten: 4.000,00

pB10 Kooperationsprojekte

pB10.001 GBW-Bund Planet

Jahresbeitrag für die Zeitung der Grünen Bildungswerkstatt.

Teilkosten 850

pB10.002 Keine Uni Prekäres Leben

Das Ausstellungsprojekt „Bilderbuch des Lebens“ nahm seinen Ursprung in einem Arbeitskreis von keine_uni. In diesem Arbeitskreis bearbeiteten AktivistInnen der Straßenzeitung Augustin, KünstlerInnen wie Studierende gemeinsam das Thema „Prekäres Leben“ auf bildnerische Art und Weise. Die daraus entstandenen Exponate sollten einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Aufgrund des regen Interesses der angefragten VeranstalterInnen wurde eine Wanderausstellung mit vier Stationen in Wien und Tirol geplant.

Zum jetzigen Zeitpunkt wurden die Hälfte der geplanten Tätigkeiten umgesetzt.

Diese umfassen:

- 1) Eine Ausstellung am 24. Mai 2007 im Hörsaal 2 im Neuen Institutsgebäude der Universität (als Umrahmung für eine Diskussionsveranstaltung der Grünen Bildungswerkstatt Wien).
- 2) Eine Ausstellung am 16. Juni 2007 am Stiftgassenfest im siebten Wiener Gemeindebezirk.
- 3) Eine Ausstellung vom 18. Juni bis 31. Juni 2007 im VEKKS in der Zentagasse 26 im fünften Wiener Gemeindebezirk. Am ersten sowie am letzten Abend der Ausstellung wurde ein Eröffnungs- bzw. Abschlussprogramm geboten, das Lesungen, Livemusik und eine Theateraufführung umfasste.
- 4) Eine Ausstellung am Südbahnhof Wien von 5. Juli bis 10. August 2007. Zur Vernissage gab es wiederum eine kleine Lesung.

Am 16.06.07 in Wien, Tirol

Teilkosten 400,00

Projektkosten: 1.250,00

pB12 Linuxkurse

Die Open-Source-Bewegung verwirklicht in der Software-Entwicklung, was in der Wirtschaft allgemein Utopie ist: Zusammenarbeit statt Konkurrenz. Um dieses Prinzip auch praktisch zu fördern, bieten wir Kurse für den Umgang mit Open-Source-Programmen an.

GNU/Linux: Einführung ins Betriebssystem
3-stündige Übung

Open Office: Einführung in die klassische Open-Source-Alternative zu MS Office
3-stündige Übung

Leitung: Ludwig Roeder (Systemadministrator und Trainer für Open-Source-Programme)

Am 01.03.07 in 1070 Wien

TN 10

Projektkosten: 60,00

INTERNATIONALE / INTERKULTURELLE PROJEKTE

pI01 Werkstattgespräche

pI01.001 Leubolt B. – Buchpräsentation

Bernhard Leubolt zeigt in seinem Buch neue Möglichkeiten für ein politisches Alternativprojekt auf, den bürokratisch verwalteten Staat in ein demokratisch gestaltetes Gemeinwesen zu transformieren. Im Rahmen der Buchpräsentation diskutieren VertreterInnen aus Politik und Wissenschaft die Bedeutung, Möglichkeiten und Grenzen von Partizipationsprojekten mit dem Autor.

Am 27.03.07 in 1090 Wien

TN 40

Teilkosten 52,16

pI01.002 Buchpräsentation Frigga Haug

„Es geht um Hegemonie für ein Projekt, das sich selbst noch nicht weiß.“

Frigga Haug präsentierte ihr neues Buch „Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik“. Darin rückt sie den vermeintlichen Gegensatz von Reform und Revolution zurecht und plädiert für die Stärkung emanzipatorischer Bildungs- und Lernprozesse.

Silvia Nossek, die die Buchpräsentation moderiert, erinnert in ihrer Eröffnung daran, dass der Versuch, eine andere Welt zu denken, auf Bestehendes und bereits Gedachtes aufbauen kann. Und in diesem Sinne ist auch das neue Buch von Frigga Haug über Rosa Luxemburg ein wertvoller Fundus, um Antworten auf brennende Fragen im Hier und Jetzt zu finden. Die Autorin betont zwar eingangs, dass die Lektüre der Texte von Rosa Luxemburg durchaus Schwierigkeiten wegen der gewöhnungsbedürftigen marxistischen Rhetorik bereiten kann. Ist diese Hürde jedoch einmal genommen, entfaltet sich die radikale Aktualität der Ideen von Rosa Luxemburg.

Rosa Luxemburg und der Feminismus

Frigga Haug nähert sich Rosa Luxemburg über mehrere thematische Stränge und legt dabei ihr Augenmerk vor allem auf die Tatsache, wie die Marxistin mit Widersprüchen umging. Denn die „Kunst der Politik“ besteht ganz wesentlich darin, scheinbare Widersprüche auf innovative Art miteinander in Beziehung zu setzen, um sie politisch bearbeiten zu können. Rosa Luxemburg sticht dabei durch ihre intellektuelle Scharfsinnigkeit und ihren

analytischen Weitblick hervor. Trotzdem war das Schaffen von Rosa Luxemburg lange Zeit vergessen; ihre Texte wurden nicht gelesen und in der DDR wurde sie in erster Linie als Märtyrerin gefeiert.

Gerade deswegen mag es verwundern, dass es Ende der 1980er Jahre zu einer kleinen Luxemburg-Renaissance kommt. In diesem Prozess der Wiederentdeckung wurde Rosa Luxemburg allerdings als vergessene frühe Feministin gewürdigt. War Rosa Luxemburg also eine Feministin? Frigga Haug beantwortet diese Frage mit einem klaren Nein, denn im Gesamtwerk der Marxistin finden sich gezählte vier kleine Texte über Frauen. Und selbst in diesen Texten setzt sich Luxemburg mit dem Thema Frauen aus revolutionärer, und nicht feministischer, Perspektive auseinander. „Rosa Luxemburg war keine Feministin. Sie war fortschrittsgläubig und glaubte an die Produktivkraftentwicklung“, stellt Frigga Haug fest. Wenn Luxemburg über Frauen schreibt, dann beschreibt sie das Schicksal der Frauen als Proletarierinnen, die aus dem familiären Umfeld entrissen werden. Genauso stellt sich Luxemburg gegen die Wahlrechtsbewegung für Frauen, die sie als bürgerlich klassifiziert, sondern fordert das allgemeine Wahlrecht. Denn nur ein allgemeines Wahlrecht, und nicht ein Wahlrecht für bürgerliche Frauen, könne substantielle Veränderungen im Herrschaftsgefüge ermöglichen. In diesen Aussagen wird der revolutionäre Standpunkt von Luxemburg sehr deutlich, wohingegen feministische Argumente schlicht fehlen.

Alltagserfahrung als Schule des Lebens

Frigga Haug streicht in ihrer Präsentation hervor, dass die Rezeption von Rosa Luxemburg bis heute großteils bruchstückhaft und tendenziös ausfällt. Der Satz „Freiheit ist die Freiheit der Andersdenkenden“ liefert dafür ein beredtes Beispiel. Heute wird dieser Satz als Appell zu Toleranz gelesen, doch Rosa Luxemburg ist im zeitgenössischen Sinn des Wortes weitestgehend intolerant. Als scharfe Analytikerinnen toleriert sie aus ihrer Sicht falsche politische Entscheidungen nicht, sondern kämpft mit aller Kraft dagegen an. So kritisiert Luxemburg den Ausschluss der Massen beim Aufbau des Sozialismus vehement. Dabei stellt sie sich gegen die Parteilinie und betont die Notwendigkeit der Einbeziehung der alltäglichen Erfahrungen der Arbeitenden. „Für Rosa Luxemburg war klar, dass der Sozialismus von unten aufgebaut werden muss, aus den Ideen und Erfahrungen der Vielen“, bekräftigt Frigga Haug. Ansonsten, und damit behielt Rosa Luxemburg Recht, verkomme der Sozialismus zu einer bürokratischen Maschine.

„Alle müssen lernen zu regieren, in dem sie regieren“

Die Radikalität und Aktualität luxemburg'scher Ideen offenbart sich zum Beispiel in ihrer Forderung, Erfahrung und kollektive Lernprozesse zum zentralen Ansatzpunkt einer emanzipatorischen Bewegung zu machen. Sie bezeichnet die Erfahrung als Schule des Lebens und entwickelt daraus ein Politikmodell, das in radikaler Partizipation für alle offen stehen müsse. Nur durch Experimentierfreude, breite Partizipation und Einbindung der Massen ist es für Rosa Luxemburg denkbar, etwas Neues zu erschaffen, das von unten entsteht und nicht von oben verordnet wird. Gerade die Betonung der Wichtigkeit von kollektiven politischen Lernprozessen macht

Luxemburg zu einer zentralen Figur für bildungspolitische Arbeit mit fortdauernder Aktualität.

Revolutionäre Realpolitik als Verknüpfung von Reform und Revolution

Die erfrischende Originalität von Rosa Luxemburg wird beim Thema „Reform oder Revolution“ dann vollends sichtbar. Anstatt sich an dem vermeintlichen Gegensatzpaar abzuarbeiten und die Ahnengalerie dieser Gretchenfrage um einen weiteren Eintrag zu bereichern, nimmt sich Rosa Luxemburg die Frage selbst vor. Denn aus ihrer Sicht handelt es sich bei der Frage um Reform oder Revolution um einen falschen Gegensatz. Keine Reform kann ohne revolutionäre Perspektive erfolgreich sein und jede Revolution baut auf reformerischen Kämpfen auf. Die einzige Möglichkeit zur Beantwortung der falsch gestellten Frage besteht für Luxemburg also darin, die Frage richtig zu stellen. Die Frage muss also lauten: Wie verknüpfe ich Reform und Revolution? Denn Reform (ohne revolutionäre Perspektive) genauso wie Revolution (ohne reformerische Kämpfe) sind für sich genommen reaktionär; der einzige Ausweg aus diesem Dilemma besteht in der konsequenten Verfolgung einer revolutionären Realpolitik. Deswegen plädiert Rosa Luxemburg einerseits dafür, im Parlament alles zu tun, um die Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnen zu verbessern, um andererseits unablässig darauf hinzuweisen, dass das repräsentative Demokratiemodell und das kapitalistische System Grenzen habe, die nur eine Revolution aufheben könne.

Dialektik von Nah- und Fernziel

Mit der Verbindung von alltäglicher und perspektivischer Politik gelingt Rosa Luxemburg die Formulierung einer Dialektik von Nah- und Fernziel. Dass in einem Prozess der Bildung die alltäglichen Erfahrungen der Arbeitenden mit der Perspektive, selbst einmal zu regieren, zu verbinden ist, unterstreicht Rosa Luxemburg immer wieder. Frigga Haug verdeutlicht die Grundidee einer revolutionären Realpolitik mit einem einprägsamen Satz: „Es geht um Hegemonie für ein Projekt, das sich selbst noch nicht weiß.“ Und gerade dieses Nicht-Wissen markiert die entscheidende Qualität von revolutionärer Realpolitik. Denn der Anspruch, eine andere Welt zu denken, beginnt mit und verwirklicht sich in der bildungspolitischen Aufgabe, die aktuellen Zustände und Zumutungen in einem fortwährenden Lernprozess zu kritisieren, zu reformieren und zu transformieren, Nicht-Wissen oder passiviertes Wissen in handlungsleitendes emanzipatorisches Wissen zu verwandeln.

Am 12.10.07 im Literaturhaus Wien

TN 90

Teilkosten 702,50

Projektkosten: 754,66

pI03 Grünalternatives Europa

pI03.001 Grüne Perspektiven für Europa

Alain Lipietz: Die internationale Dimension europäischer Politik – Juniorpartnerin der USA, Euro-Imperialismus oder nachhaltiges, demokratisches Friedensprojekt.

Als Leiter der Delegation des Europäischen Parlaments für Lateinamerika diskutierten wir mit Alain Lipietz die Möglichkeiten einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik auf internationaler Ebene. Ausgehend von Lateinamerika wurde die Rolle Europas in der Welt diskutiert werden: Sei dies im Rahmen der WTO, von IWF und Weltbank, oder in Bezug auf Menschenrechte und Krieg.

Darüber hinaus ging es vor dem Hintergrund der Erfahrungen linker Regierungen in Lateinamerika auszuloten, welche Chancen in den Regierungen von Hugo Chavez, Evo Morales, Luiz Inacio Lula da Silva für eine Verbesserung der Lebensbedingungen liegen, welche Gefahren damit verbunden sind, welche Impulse für eine alternative Gestaltung des internationalen Handels vorhanden sind und welche Potenziale im europäischen Mehrebenensystem jenseits von Standort- und Steuerwettbewerb, Sozialdumping etc. für eine alternative wirtschaftspolitische Gestaltung liegen.

Hans Jürgen Bieling: Hans-Jürgen Bieling gilt als ausgewiesener Experte für politökonomische Fragen der europäischen Integration. Für ihn besteht die Gefahr, dass sich die EU zu einem neoliberalen Projekt unter der Führung des transnationalen europäischen Kapitals entwickelt und die Politik nationaler und lokaler Regierungen damit konditioniert. Die Erfahrungen Oberösterreichs mit der gentechnikfreien Zone und die EuGH-Entscheidungen im Zusammenhang mit dem freien Hochschulzugang zeigen die zunehmend bestimmende Rolle europäischer Politik. Im europäischen Mehrebenensystem spielen jedoch auch Nationalstaaten nach wie vor eine zentrale Rolle in der Politikformulierung.

Vor diesem Hintergrund ging Bieling der Frage nach, wo die Ansatzpunkte und Strategien für ein solidarisches und demokratisches Gegenprojekt liegen. Dabei wurde diskutiert, welchen Beitrag grüne Alternativen hierzu leisten können.

Elmar Altvater: Den angeblich alternativlosen neoliberalen Politik- und Gesellschaftskonzepten setzt Elmar Altvater Ansätze einer alternativen solidarischen Ökonomie entgegen. In diesem Workshop wurden folgende Fragen diskutiert:

- Welche Ansätze für eine solidarische Ökonomie gibt es?
- Welche Probleme versuchen Konzepte solidarischer Ökonomie zu lösen?
- Welche Chancen und Gefahren liegen in einer solidarischen Ökonomie für alternative Wirtschaftspolitik? Wie müssen politische Rahmenbedingungen im europäischen Mehrebenensystem gestaltet sein, um der Verwirklichung einer solidarischen Ökonomie einen Schritt näher zu kommen?

Am 13.04.07 in 1070 Wien

TN 17

Teilkosten 1.917,53

pI03.002 Lipietz A. – Umverteilung

Viel Vermögen = wenig Steuern bezahlen! Dieses Privileg wird in Österreich vehement verteidigt. Doch es geht auch anders, Frankreich macht es vor: Unter der Regierung Jospin, an der auch die Grünen beteiligt waren, wurde die Politik der Umverteilung nach oben und des Abbaus sozialer Rechte gestoppt. In einem ersten Schritt wurde die Arbeitszeit verkürzt, jetzt soll das Recht auf Wohnen in der französischen Verfassung verankert werden.

Dies zeigt: Auch innerhalb der Europäischen Union gibt es einen nationalen Handlungsspielraum zur Umverteilung und eine Festschreibung von sozialen Rechten ist möglich. Wie neue Perspektiven von Umverteilung und Gerechtigkeit in Österreich aussehen und was wir vom französischen Beispiel lernen können, wurde in einer Gesprächsrunde mit dem bekannten Grünen Europaabgeordneten Alain Lipietz diskutiert.

Am 12.04.07 in 1010 Wien

TN 83

Teilkosten 1.000

pI03.003 Bieling H.J. – Neoliberale Dynamiken

Dass die neoliberale Hegemonie gebrochen werden muss, darüber sind sich soziale Bewegungen in Österreich und Europa einig. Doch wie kann das erreicht werden? Wie stellt sich Hegemonie her und wo gibt es Räume für gegenhegemoniale Perspektiven? Mit dem Aufkommen neuer prekärer Beschäftigungsformen verändern sich auch die Formen des Politischen, welche die etablierten Parteien vor große Herausforderungen stellen. Also: Was tun?

Welche Ansätze und Politikmodelle werden hier in Österreich von sozialen Bewegungen verfolgt? Eine Diskussionsveranstaltung mit: Hans Jürgen Bieling (Uni Marburg) und Ulrich Brand (Uni Kassel)

Am 24.05.07 in 1010 Wien

TN 108

Teilkosten 300

pI03.004 Altvater E.

Kann Europa eine Alternative zum neoliberalen Empire darstellen, wie Elmar Altvater die USA bezeichnet. Die Podiumsdiskussion versuchte auszuloten, wie und ob die EU zu einer Politik finden kann, welche sich dem neoliberalen Mainstream entgegensetzt. Gabriele Michaltisch betrachtete dabei die europäische Integration auch aus feministischer Perspektive. Dabei wurde klar, dass eine Strategie der Transformation europäischer Integrationspolitik, viele Ebenen zu berücksichtigen hat. Von der globalen bis zur regionalen, und von der politischen bis zur Frage der Organisation von Produktion.

Am 19.10.07 in Wien

TN 146

Teilkosten 445,73

Projektkosten: 3.663,26

pI05 Energiewende – Verkehrswende

pI05.001 Altvater E. – Energiewende

Prof. Elmar Altvater: Aufstieg und Niedergang des fossilen Energieregimes. Oder: Die Ökologie der globalen Ökonomie.

11. Jänner 2007 im „Depot“

In seinem Vortrag beschrieb Prof. Altvater in gewohnt mitreißender Art die Veränderungen des Naturverständnisses in den letzten Jahrzehnten. Im Zentrum seiner Betrachtung stand das Energieregime, das er als „fossilistisch“ bezeichnete, weil die Produktion und Reproduktion moderner Gesellschaften wesentlich von der Nutzung der fossilen Energieträger bestimmt und von ihnen abhängig ist. Der Aufstieg dieses Regimes, die damit verbundenen sozialen Konsequenzen und sein Niedergang, dessen Zeitzeugen wir sind – manchmal ohne es zu wissen – waren das Thema.

In einem kurzen Ausblick verwies er auf die Probleme, die wir uns mit der Forcierung von Agrotreibstoffen einhandeln werden. Er warnte vor Lebensmittelknappheit und dem daraus resultierenden Preisanstieg, der vor allem arme Menschen in den Entwicklungsländern dem Hungertod ausliefern wird, aber auch in unserer Gesellschaft gar nicht wenige hart treffen kann.

Termin: 11.01.07

Ort: Depot, Wien

VeranstalterIn: GBW-Wien

Organisation: GBW-Wien

Projektverantwortlich: Oswald Kuppelwieser

Am 11.01.07 in 1070 Wien

TN 20

Teilkosten 644,30

Projektkosten: 644,30

pI06 Politökonomischer Dialog 2006/07

Modul 2: 12./13. Jänner 2007: Energie und globale Ressourcen

Noch vor 2020 dürfte der „Peak Oil“ erreicht werden und das Wachstum der Ölförderung damit zu Ende sein. Erdöl wird knapp und noch teurer werden, die Vorzeichen dieser Entwicklungen sind schon heute spürbar. Erdöl und andere fossile Energieträger werden immer mehr zu strategischen Interessen, die mit militärischen Mitteln erkämpft und verteidigt werden. Gleichzeitig ist ihre Nutzung die Ursache von immer mehr verheerenden Umweltschäden und einer fortschreitenden Klimaerwärmung. Eine Grüne Energiewende ist unumgänglich, doch mächtige Akteure im Bereich von Wirtschaft und Politik verfolgen entgegengesetzte Interessen. Welcher Beitrag kann auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene für eine Energiewende geleistet werden und wie wird diese gesellschaftlich durchsetzbar? Darauf folgte eine Filmvorführung: „Eine unbequeme Wahrheit“

Gäste: Elmar Altvater (emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der FU Berlin) und Ruperta

Lichtenecker (grüne NR-Abgeordnete und Energiesprecherin)

Modul 3: 16./17. Februar 2007: Arbeit und Wohlfahrtsstaat Trotz insgesamt wachsenden Wohlstands wird die Arbeitswelt prekärer und fordernder und der Wohlfahrtsstaat sukzessive abgebaut. Auf der einen Seite türmen sich die Gewinne, während auf der anderen Seite immer mehr Werktätige zu „working poor“ werden und akut armutsgefährdet sind.

Was sind die Hintergründe dieser Entwicklungen? Sind diese Entwicklungen irreversibel, oder ist eine Umkehr möglich? Und welche gesellschaftlichen Kräfte können Träger alternativer Entwicklungen sein, welchen spezifischen Beitrag kann grünalternative Politik leisten? Darauf folgte eine Filmvorführung: „Des Wahnsinns letzter Schrei“

Gäste: Ulrike Gschwandtner (Sozialwissenschaftlerin in Salzburg) und Karl Öllinger (NR-Abgeordneter und Sozialsprecher der Grünen)

Am 10.11.07 in 1070 Wien

TN 37

Projektkosten: 1.865,91

pI07 Politökonomischer Dialog 2007

Modul 1: 28./29. September 2007: Politische Ökonomie und „Standortwettbewerb“

Nach einer Näherung an das Alltagsverständnis der TeilnehmerInnen zu „Wirtschaft“ und dem Zusammenhang von Wirtschaft und Politik wird gemeinsam ein Überblick über AkteurInnen, Wirkmechanismen und verschiedene theoretische Zugänge zum Thema erarbeitet. Dies wird dann am konkreten Thema erprobt: Was bedeutet „Standortwettbewerb“ im Kontext von Globalisierung? Muss Österreich im Standortwettbewerb einfach mitmachen oder ist eine alternative Politik möglich? Ist der Wettbewerb unausweichlich und müssen wir dafür fit gemacht werden – oder wird die Bedeutung des Standortwettbewerbs im politischen Diskurs bewusst überhöht dargestellt, um Lohnabhängige einzuschüchtern und andere Gestaltungsmöglichkeiten unrealistisch erscheinen zu lassen?

Daran anschließend wird die internationale Dimension der heutigen Ökonomie diskutiert, wobei zur Veranschaulichung Ausschnitte des Films „Darwins Nightmare“ gezeigt werden.

Gäste: Markus Marterbauer (Ökonom, Wirtschaftsforschungsinstitut) und Michaela Sburny (grüne NR-Abgeordnete und Wirtschaftssprecherin)

Modul 2: 19./20. Oktober 2007: Energie und globale Ressourcen

Noch vor 2020 dürfte der „Peak Oil“ erreicht werden und das Wachstum der Ölförderung damit zu Ende sein. Erdöl wird knapp und noch teurer werden, die Vorzeichen dieser Entwicklungen sind schon heute spürbar. Erdöl und andere fossile Energieträger werden immer mehr zu strategischen Interessen, die mit militärischen Mitteln erkämpft und verteidigt werden. Gleichzeitig ist ihre Nutzung die Ursache von immer mehr verheerenden Umweltschäden

und einer fortschreitenden Klimaerwärmung. Eine Grüne Energiewende ist unumgänglich, doch mächtige Akteure im Bereich von Wirtschaft und Politik verfolgen entgegengesetzte Interessen. Welcher Beitrag kann auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene für eine Energiewende geleistet werden und wie wird diese gesellschaftlich durchsetzbar? Darauf folgte eine Filmvorführung: „Eine unbequeme Wahrheit“

Gäste: Elmar Altvater (emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der FU Berlin) und Ruperta Lichtenegger (grüne NR-Abgeordnete und Energiesprecherin)

Modul 3: 09./10. November 2007: Arbeit und Wohlfahrtsstaat

Trotz insgesamt wachsenden Wohlstands wird die Arbeitswelt prekärer und fordernder und der Wohlfahrtsstaat sukzessive abgebaut. Auf der einen Seite türmen sich die Gewinne, während auf der anderen Seite immer mehr Werktätige zu „working poor“ werden und akut armutsgefährdet sind.

Was sind die Hintergründe dieser Entwicklungen? Sind diese Entwicklungen irreversibel, oder ist eine Umkehr möglich? Und welche gesellschaftlichen Kräfte können Träger alternativer Entwicklungen sein, welchen spezifischen Beitrag kann grünalternative Politik leisten? Darauf folgte eine Filmvorführung: „Des Wahnsinns letzter Schrei“

Gäste: Gabriele Michalitsch (Sozialwissenschaftlerin in Salzburg) und Karl Öllinger (NR-Abgeordneter und Sozialsprecher der Grünen)

Am 28.09.07 in Wien
TN 29

Projektkosten: 6.274,35

pI08 Herbstakademie 2006

Restaufwand aus dem Vorjahr
Am 24.11.06 in 1100 Wien
TN 55

Projektkosten: 1.947,00

pI09 Frühlingsakademie 2008

Die Vorbereitungen zur Frühjahrsakademie, welche vom 25. bis 27. April 2008 stattfinden wird, laufen seit einiger Zeit. Dazu hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet, welche sich regelmäßig trifft und derzeit vor allem an der inhaltlichen Konzeption arbeitet. So wurde der schwammige und breite Begriff „Solidarität“ diskutiert und versucht abzugrenzen und greifbar zu machen. Im Rahmen dessen wurde auch ein Ankündigungstext entwickelt sowie über das (Vortrags-)Format der Frühjahrsakademie gesprochen. Außerdem wird derzeit überlegt, wer als ReferentIn, DiskussionsteilnehmerIn, ImpulsgeberIn eingeladen werden kann.

Am 25.04.08 in Wien

Projektkosten: 1.500,00

pI10 Kooperationsprojekte

pI10.001 Kongressband Grundeinkommen

Der im Vorjahr von der GRÜBI Wien in Kooperation mitveranstaltete erste deutschsprachige Kongress „Grundeinkommen – in Freiheit tätig sein“ (7. – 9.10.2005 in Wien) hat eine rege Debatte zu Fragen sozialer Sicherung und Zukunft der Arbeit angestoßen. Die Breite an kontroversen Diskussionsbeiträgen am Kongress soll nun in Form eines 300 Seiten starken Kongressbandes gesichert und den knapp 300 TagungsteilnehmerInnen sowie einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden, um die Nachhaltigkeit dieses Projektes und des Diskurses zu sichern.

Auflage

Teilkosten 500

pI10.002 AUFbrüche

AUFbrüche – Feministische Porträts und Lebensbilder
Biographische Skizzen von Frauen über Frauen aus 30 Jahren AUF- Eine Frauenzeitschrift.

Mit Beiträgen von:

Ditha Brickwell, Britta Cacioppo, Eva Dité, Eva Geber, Hermi Hirsch, Ruth Klüger, Traude Korosa, Sasa Marie Lienau, Sarah Schönbauer, Lika Trinkl, Elisabeth Wäger

Auflage 1.000

Teilkosten 600

pI10.003 WFS Bildungspolitik Bertelsmann

„Bildungspolitik nach dem Geschmack der großen Konzerne“

Zum Einfluss der Bertelsmann-Stiftung auf die Liberalisierung und Privatisierung des Bildungswesens

Auch in Österreich bestimmen markt- und betriebswirtschaftliche Maßstäbe seit geraumer Zeit die Reformen im Bildungswesen. Nicht die Absicherung einer flächendeckenden und kostenlosen Grundversorgung der in Österreich lebenden Bevölkerung mit einem breiten Bildungsangebot steht im Vordergrund der Diskussion, sondern die ökonomische Effizienz der öffentlichen Bildungsinstitutionen ist Gradmesser für künftige Reformen. Die aus der Privatwirtschaft übernommenen Prinzipien wie Standortkonkurrenz, Angebotsdiversifikation und „Kostenwahrheit“ feiern bereits jetzt an vielen österreichischen Schulen fröhliche Urstände. Mit einem Zuckerguss „reformpädagogischer“ Begrifflichkeit wie Autonomie, Eigenverantwortlichkeit, Selbstbestimmung werden Schulstandorte für die Liberalisierung des Bildungswesens gelockt.

Der Bertelsmann-Konzern hat sich in Deutschland bei der Vorbereitung und Umsetzung der Liberalisierung als ersten Schritt zur Privatisierung des öffentlichen Bildungswesens große „Verdienste“ erworben. Das war nicht ganz selbstlos: Als größter europäischer und traditionell im Bildungsbereich tätiger Medienkonzern mit einem Jahresumsatz von 20 Milliarden Euro kann er von der Kommerzialisierung der Bildungslandschaft große Profite

erwarten. Ein gigantischer Markt soll damit erschlossen werden.

Mit Medienmacht und Lobbyarbeit gelingt es dem Bertelsmann-Konzern über seine Stiftung zum Politik-Akteur zu werden. „Reform-Programme“ wie die Etablierung eines Niedriglohnssektors in Deutschland (Agenda 2010, Harz IV) wurden maßgeblich von der Bertelsmann-Stiftung angestoßen. Seit 1992 sitzt Reinhard Mohn, der Leiter der Bertelsmann-Stiftung, in der Bildungscommission Nordrhein-Westfalen, einer Public-Private-Partnership-Einrichtung aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaft und Wirtschaft. Über diese Schiene macht sich der Konzern für Studiengebühren an den Unis und die Einführung von Bildungsgutscheinen für SchülerInnen stark.

Thomas Barth, Lehrbeauftragter an der Uni Hamburg, setzte sich kritisch und umfassend mit der Vorgehensweise des Bertelsmann Konzerns auseinander und stellte sich in der anschließenden Diskussion den Fragen der TeilnehmerInnen.

Am 22.11.06 in 1090 Wien
TN 60
Teilkosten 250

pI10.004 Verein Gedenkdienst

Eine gute und sinnvolle Möglichkeit Zivildienst zu leisten bietet der überparteiliche und überkonfessionelle Verein Gedenkdienst an. Der Verein Gedenkdienst ist eine Trägerorganisation für Zivil-Ersatzdienste im Ausland. Jedes Jahr entsenden wir etwa 20 Gedenkdienere an Gedenkstätten und Institute welche mit Holocaustüberlebenden arbeiten oder Bildungsarbeit leisten. Die Arbeit an den verschiedenen Einsatzstellen, welche sich auf 4 Kontinenten befinden, soll die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus wach halten und ermöglicht somit auch uns Gedenkdienere sich der schmerzlichen Geschichte Nazi-Österreichs zu stellen. Gleichzeitig bieten die unterschiedlichen Einsatzstellen den Gedenkdienere eine Vielzahl an Möglichkeiten zur Erinnerungsarbeit an. Mitunter sieht dann auch der Gedenkdienst an verschiedenen Einsatzorten sehr unterschiedlich aus. So gibt es einerseits die Möglichkeit mit Überlebenden selbst (z.B. am Anita Mueller-Cohen Elternheim, Tel Aviv), an Bildungseinrichtungen, welche sich der Holocaust-Education widmen (z.B. das Anne Frank Haus, Amsterdam), oder an Forschungseinrichtungen wie Yad Vashem, Jerusalem, das United States Holocaust Memorial Museum, Washington oder das Leo Baeck Institut New York, an welchem ich seit Sommer 2006 tätig bin, zu arbeiten. Weiters gibt es auch die Möglichkeit Gedenkdienst an Orten der Vernichtung, wie der KZ Gedenkstätte Terezín / Theresienstadt oder an der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Oświęcim / Auschwitz zu leisten. (Mehr Informationen zum Gedenkdienst sind zu finden auf www.gedenkdienst.at.)

In New York
TN 1
Teilkosten 400

pI10.005 Paulo Freire Zentrum

Bericht vom Symposium „Volksbildung heute?“

Vom 4. – 6. Dezember 2006 wurde beim Symposium Volksbildung heute? intensiv über Fragen der Bildung und Politik debattiert. Gut 85 Personen folgten der Einladung ins Europahaus Wien. Die Grüne Bildungswerkstatt war Mitveranstalterin des Symposiums.

„Bildung betrifft uns alle“, meinte Gerald Faschingeder, Direktor des Paulo Freire-Zentrums, in seiner Begrüßung. Als SchülerInnen, StudentInnen, Gebildete, aber auch als LehrerInnen und MultiplikatorInnen seien „wir alle“ sowohl Gegenstand von Bildung als auch deren Subjekte. Faschingeder identifizierte zwei unterschiedliche Erzählungen im Zusammenhang mit Bildung: die Unterdrückungserzählung und die Befreiungserzählung.

Im eröffnenden Dialog diskutierten Marianne Gronemeyer (FH Wiesbaden) und Martin Jäggle (Universität Wien) über das Spannungsfeld, das vom Verständnis von Bildung als Akt der Selbstbefreiung zur Überwindung von Herrschaftsverhältnissen bis hin zu einer Bildung als Instrument zur Stabilisierung eben dieser Herrschaftsverhältnisse reicht. Im Anschluss fand ein offenes Weltcafé statt, in dem die TeilnehmerInnen die Möglichkeit hatten, über ihre persönlichen Zugänge zur Volksbildung zu diskutieren.

Einer der Hauptvortragenden des Symposiums Volksbildung heute? war der brasilianische Soziologieprofessor und Sozialforscher und ehemaliger Vizestadtrat für Kultur in Porto Alegre Roberto Carlos Winckler. Im Zentrum seiner Analyse am Vormittag des zweiten Veranstaltungstages standen Paulo Freires Denken und Wirken. In seinem Vortrag beim Symposium unternahm Winckler den Versuch, Freires Bildungsbegriff im jeweiligen gesellschaftlich-politischen Kontext der brasilianischen Geschichte zu verorten und die politischen Rahmenbedingungen herauszubrechen, unter denen Paulo Freires Pädagogik der Unterdrückten in den 1970er Jahren entstanden war. Die Frage nach Bildung stellte sich in dieser Perspektive als eine hochpolitische. In seinem Vortrag wie in zahlreichen anderen Diskussionsbeiträgen wurde deutlich, dass Bildung keineswegs einfach mit Befreiung gleichgesetzt werden kann. Bildung kann auch zu Entfremdung führen, kann eine Form der Unterdrückung darstellen. Bildung kann aber auch aufrichten, ermutigen und mit dem notwendigen Wissen ausstatten, die eigene Existenz und auch die Welt zu gestalten. Bildung ist an sich weder gut noch schlecht, sondern ambivalent.

In Workshops am Nachmittag des zweiten Tages wurden konkrete Projekte vorgestellt, die mit unterschiedlichen Mitteln Volksbildung betreiben, wobei jeweils MitarbeiterInnen einer entwicklungspolitischen und einer erwachsenenbildnerischen Einrichtung Diskussionsimpulse gaben.

Die Aufführung des Theaterstück „Unschuldig“ des Ensembles 11%K.Theater der Straßenzzeitung Augustin bildete den krönenden Abschluss des zweiten Veranstaltungstages zum Symposium. In Anlehnung an den brasilianischen Theatertheoretiker Augusto Boal will das Augustin-Theater in diesem selbst inszenierten Stück Realität nicht nur interpretieren, sondern auch verändern.

In diesem Fall war es die Realität von Arbeitssuchenden beim Arbeitsmarktservice.

Der Abschluss des Symposiums wurde mit einem konfrontativem Dialog der TeilnehmerInnen eingeleitet, in Kleingruppen diskutierten sie einige aus der Veranstaltung heraus entwickelte Volksbildungs-Thesen.

Am 04.12.07 in 1140 Wien

TN 85

Teilkosten 1.500

pI10.007 ÖH BV Frauenuniversität

Lauter Frauen, lauter!

Über 300 Frauen waren Teil der FrauenFrühlingsUni von 30. März bis 4. April. Fünf Tage voller Diskussionen, Kunst, Körper und Bewegung, Konzentration und Entspannung am Uni-Campus in Wien hinterlassen viele Eindrücke und die Lust auf mehr. Das war bereits die siebte Frauen-Uni in Österreich, die erste allerdings nach 16 Jahren Pause.

Entlang der drei inhaltlichen Achsen Feminismus in Theorie, Kunst und Bewegung, Prekäre Lebensverhältnisse und Körperpolitiken fanden insgesamt 50 Workshops statt, wurde eine Zeitung produziert und eine Radiosendung gemacht. Die Abende füllten Feste, eine Lesung, ein Filmabend und eine Theatervorführung des frauen+zeit+schrift-Workshops. Im Infocafé gab es die Möglichkeit, eigene Initiativen vorzustellen und das Organisationsteam mit Fragen und Problemchen auf Trab zu halten.

Bis ins Detail durchgeplant war die FFU aber nicht – mit Absicht. Denn es sollte auch Raum dafür geben, spontane Ideen in Form zu gießen. Am Vernetzungs-Nachmittag wurden dann Treffen zur Frauenpolitik in der ÖH oder zu Bisexualität einberufen, und zur Planung der Abschlussaktion: Inspiriert vom Lachyoga der Mittagspausen zogen am letzten Tag der Frauen-Uni dreißig Frauen durch Wien und lachten. Und beim gemeinsamen Grillen danach wurde noch geplaudert, gefeiert und über die wesentlichsten Diskussionen auf der FFU nachgedacht.

Es ist schwierig, eine genaue Bezeichnung dafür zu finden, was feministische Begegnungen so einzigartig macht. Für alle Beteiligten hat die Frauen-Uni gezeigt, wie wichtig derartige Vernetzung ist, wie viel Kraft sie gibt. Beim Abschlussplenum waren sich alle einig, dass die Frauen-Uni sich 2008 fortsetzen soll.

Am 30.03.07 in 1090 Wien

TN 300

Teilkosten 1.500

pI10.008 Drogenenquete

Neue Wege in der Drogenpolitik: Konsumräume in Österreich

Donnerstag, 15. November 2007
Parlament

Dokumentation /Protokoll durch:

Mag. Martin Plattner und Christian Guschelbauer

Editiert durch Heidi Cammerlander und Mag. Martin Plattner

Einleitend

Heidi Cammerlander, Sozialsprecherin der Wiener Grünen und Kurt Grünewald, Gesundheitssprecher der Grünen, haben am 15. November 2007 gemeinsam mit dem SuchtexpertInnen-Kreis der Wiener Grünen, der Grünen Bildungswerkstatt und der Grünen Bildungswerkstatt Wien die Enquête „Neue Wege in der Drogenpolitik: Konsumräume in Österreich“ veranstaltet.

Ziel der Enquête war es, gemeinsam mit nationalen und internationalen ExpertInnen, mittel- und langfristige politische Entscheidungsgrundlagen im Suchtbereich zu diskutieren, die den aktuellen Standards internationaler Therapie-, Betreuungs- und Präventionsangebote entsprechen und den Bedürfnissen suchtkranker Menschen und Betreuungseinrichtungen gerecht werden.

Wissenschaftlich begleitete Konsumräume sind ein international erfolgreiches Modell, das als wichtige Maßnahme zur Ausweitung von schadensminimierenden drogentherapeutischen Angeboten für in der Öffentlichkeit intravenös konsumierende suchtkranke Personen gilt. Im Rahmen der Enquête wurde dieses Modell ausführlich diskutiert werden, um damit Anstoß zur sachlichen Auseinandersetzung mit Konsumräumen – vor allem auf politischer Ebene – zu geben.

Programm

10:30 – 10:45 Uhr: Begrüßung und einleitende Worte durch Heidi Cammerlander und Günther Zäuner

10:45 – 12:00 Uhr: Modul 1 – Konsumräume und Sicherheit (Sicherheit für Betroffene – Sicherheit im öffentlichen Raum)

Referenten:

Erich Zwettler, Bundeskriminalamt, Leiter Abteilung 3
Christian Bertel, Institut für Strafrecht, Strafprozessrecht und Kriminologie, Universität Innsbruck

Diskussion

13:30 – 14:45 Uhr: Modul 2 – Konsumräume und Gesundheit

Referenten:

Karl Nemeč, praktischer Arzt
Walter North, FA für Psychiatrie und Neurologie

Diskussion

15:00 – 16:30 Uhr: Modul 3 – Konsumräume im internationalen Vergleich

ReferentInnen:

Jürgen Weimer, Referent für niederschwellige Drogenhilfe, Frankfurt am Main
Hans-Ewald Gemmer, Leiter des Rauschgift-kommissariats Frankfurt am Main

Andrea Feller, Stv. Leiterin der Hauptabt. Sucht und Drogen, Zürich

Diskussion

17:00 – 18:15 Uhr: Podiumsdiskussion:
Gesundheitsräume in Österreich: Politik – Praxis – Wissenschaft

DiskutantInnen:

Nibaldo Vargas, Kontaktladen Graz
Alfred Springer, Ludwig Boltzmann Institut
Kurt Grünewald, Die Grünen
Erwin Rasinger, ÖVP

18:15 – 18:30 Uhr: Verabschiedung durch Günther Zäuner und Heidi Cammerlander

Modul 1 – Konsumräume und Sicherheit

Statement von Prof. Dr. Christian Bertel,
Institut für Strafrecht, Strafprozessrecht und Kriminologie,
Universität Innsbruck.

Bertel betont, dass eine gesetzliche Grundlage für Konsumräume nicht notwendig sei, da niederschwellige Einrichtungen straffrei das tun können, was nicht ausdrücklich gesetzlich verboten ist. Bertel weist weiters darauf hin, dass sowohl der Erwerb als auch der Besitz von Drogen in Österreich (und somit auch in einem allfälligen Konsumraum) strafbar ist, der Konsum von illegalen Substanzen jedoch nicht. Es gibt laut Bertel auch in Österreich Erfahrungen mit Konsumräumen. Als Beispiel nennt er ein Heim in Innsbruck, in dem der Konsum von illegalen Drogen seit zehn Jahren laut Hausordnung (und auch von der Polizei) offiziell geduldet wird. Entgegen der Befürchtungen vieler, kam es weder zu Überdosierungen, noch zu einer Sogwirkung (also einem „Drogentourismus“), noch zu Problemen mit der Polizei. Er verweist darauf, dass es wichtig wäre, „diese Duldung nicht weiter durch eine Lüge zu tarnen und ein offenes Zugeben von großer Bedeutung wäre“.

Statement von Mag. Erich Zwettler,
Leiter der Abteilung 3, Bundeskriminalamt.

Zwettler hält eine klare gesetzliche Grundlage für Konsumräume für unbedingt notwendig, da durch ein Fehlen einer solchen gesetzlichen Basis, ein Widerspruch zu den Pflichten und Aufgaben der Polizei entstehen würde (da diese die KonsumentInnen kontrollieren und gegebenenfalls anzeigen müssen). Zwettler weist explizit darauf hin, dass es gesetzlich derzeit kein Verbot für einen Konsumraum gibt, aber „eben genauso wenig eine gesetzliche Grundlage“. Zwettler räumt ein, dass Konsumräume durchaus mit dem Suchtmittelgesetz vereinbar seien, da der Konsum selbst (sowie die Beihilfe zum Konsum) keine Straftat darstellen. Deshalb sind auch Angebote wie der Spritzentausch überhaupt erst möglich. Außerdem weist Zwettler darauf hin, dass in vielen Einrichtungen auch der Besitz von Drogen geduldet würde. Zwettler ergänzt, dass „die Uneinigkeit der Bundesländer in Bezug auf das Thema Konsumräume“ ein massives Problem darstellt. Er plädiert für eine einheitliche gesetzliche Grundlage für Konsumräume in Österreich.

Bezug nehmend auf Bertel meint Zwettler, dass das „offene Zugeben“ einer Duldung von Konsumräumen zwar zu einer Empörung seitens betroffener AnrainerInnen führen könnte, allerdings würde z.B. das Herumliegen von Spritzen u. ä. zu noch mehr Empörung führen. Was eine Umsetzung von Konsumräumen in Österreich laut seiner Einschätzung bisher verhindert hat, sei die Tatsache „dass PolitikerInnen nicht mit dem Thema Konsumraum in Zusammenhang gebracht werden wollen“. Der Zeitgeist verlange, dass die Politik „Härte zeigt“, eine Zusage zur Einrichtung eines Konsumraums, würde „Schwäche zeigen“ bedeuten.

Anmerkung von Bertel:

„Bis zum Jahr 2007 stand das Thema in Österreich kaum zur Debatte. In Graz gab es erstmals den Vorschlag für eine „Drogentherapeutische Anlaufstelle“, ähnlich einem Konsumraum. Gesundheits-, Justiz- und Innenministerium sind dabei involviert (im Drogenforum)“. Bertel betont, dass das Problem in Österreich „hauptsächlich, die Uneinigkeit der Länder“ sei, die Gesetzgebung in diesem Bereich aber genau in deren Kompetenzbereich liegt: „Während in Deutschland diese Gesetzgebung Ländersache ist, gibt es in Norwegen und den Niederlanden ein Bundesgesetz dafür“.

Anmerkung von Zwettler:

Die Position des Bundes sei, dass es für Konsumräume „eine bundesweit einheitliche gesetzliche Grundlage brauche“, da Exekutivbeamte (aufgrund der Anzeigepflicht) ansonsten in eine Zwickmühle geraten würden. Es brauche für ein solches Gesetz, laut Zwettler, einen breiten politischen Konsens, welcher „derzeit noch nicht vorhanden“ sei. Projekte mit wissenschaftlicher Begleitung (wie in Graz) seien aber durchaus möglich. Es stellt sich für Zwettler außerdem die Frage, ob man in einem solchen Gesetz den Besitz nur in einer Einrichtung oder ihn per se straflos stellen sollte. Von Seiten der Exekutive gebe es die Befürchtung, dass es zum Dealen in der Nähe eines Konsumraums kommen würde.

Diskussion:

Aus dem Publikum wird kritisiert, dass es aufgrund der jetzigen Realität (Gesundheitsgefährdung, auch die Kosten, welche die Allgemeinheit zu tragen habe, Begleitkriminalität etc.) dringend zu einer Umsetzung von Konsumräumen kommen müsse. Aufgrund der diesbezüglichen end- und „sinnlosen“ Diskussionen im Parlament würde dies aber ständig hinausgezögert.

Der praktische Arzt Karl Nemeč meldet sich zu Wort: „Das Warten der Ministerien auf die gesetzliche Grundlage, das zu keinem konkretem Handeln führt, entspricht nicht der Realität der Drogenarbeit an der Basis. Die Realität sieht anders aus, auch ohne gesetzliche Grundlage kann gehandelt werden. Beispielsweise stehen ja Exekutivbeamte auch derzeit nicht vor Spritzentauschautomaten, obwohl sie im Konflikt mit der Anzeigepflicht stehen“.

Aus dem Publikum wird eingeworfen, „dass die Bevölkerung davon ausgeht, dass in den bestehenden Einrichtungen konsumiert werden darf“. Es brauche einen breiten Konsens, nicht nur in der Politik, sondern auch mit Polizei und der Bevölkerung.

Bertel: „In Österreich ist im Gegensatz zu Deutschland der Besitz nicht strafbar. Deshalb könnte in Österreich jede Einrichtung einen Konsumraum installieren, allerdings fehlt oft das Geld, beziehungsweise, viele Einrichtungen fürchten, dass dann Subventionen von der Gemeinde/vom Land entzogen würden. Prinzipiell sei es aber möglich. Und: Dem Dealen in der Umgebung eines Konsumraums ist mit einer einfachen Hausordnung entgegenzuwirken“.

Zwettler weist erneut auf das Dilemma hin, dass die Exekutive handeln müsse, wenn sie von der Bevölkerung oder von Gewerbetreibenden angerufen werde. Daher plädiert er nochmals, dass eine gesetzliche Grundlage zu schaffen sei.

Cammerlander hebt die Vorteile eines Konsumraums für die Polizei hervor. Wenn ein solcher bestehe, würde weniger in der Öffentlichkeit konsumiert und es komme somit zu weniger Polizeieinsätzen, wie Zwettler sie beschrieben hat.

Alfred Springer vom Ludwig-Boltzmann-Institut verweist auf die verschiedenen Konsumraumkonzepte und betont, „dass das Thema komplexer sei als oft angenommen“. Er gibt zu bedenken, dass man sich über die Duldung von intravenös injizierten Substitutionsmitteln Gedanken machen müsse.

Modul 2 – Konsumräume und Gesundheit

Statement von Dr. Karl Nemeč, praktischer Arzt

Die Opiatsucht ist laut Nemeč als eine chronische Erkrankung anzusehen und müsse daher auch als eine solche behandelt und begleitet werden: „Weg vom Therapieziel der völligen Abstinenz und hin zu einer modernen Suchttherapie!“ Wesentliche Meilensteine in der Entwicklung einer modernen Suchttherapie seien der Ausbau der Substitutionstherapie und die Ausarbeitung der harm- und risk-reduction. Ziel der Drogentherapie soll nicht nur sein „die DrogenkonsumentInnen vom Konsum abzubringen, sondern es müssen auch Informationen und Möglichkeiten für einen risikoarmen Konsum geschaffen werden, um damit die sozialen und gesundheitlichen Risiken zu reduzieren“. Eine abstinenzorientierte Therapie stehe der/dem Suchtkranken natürlich weiterhin zur Wahl. Nemeč kritisiert, dass es nicht zu einem Ausbau der niederschweligen Substitutionstherapie gekommen sei, sondern zu einer Personalreduktion. Ein Ausbau sei aber wichtig. Nur so sei ein besserer Kontakt zu den PatientInnen möglich und dann „würden die Betroffenen regelmäßig zur Gesundenuntersuchung kommen“.

Statement von Dr. Walter North, Facharzt für Psychiatrie und Neurologie

North erwähnt, dass es Konsumräume auch schon früher gegeben habe – unter anderem in Form der Opiumhöhlen. North weist auf die positiven Erfahrungen von Städten mit bereits bestehenden Konsumräumen hin: „Die Senkung der Anzahl der Drogentoten und eine Reduktion der öffentlichen Belastung sind nur zwei von den zahlreichen erfolgreichen Auswirkungen, die durch einen Konsumraum entstehen“. North ergänzt: „Wir leben und bewegen uns in Konsumräumen“. Wichtig sei nun, dass man vom Diskutieren endlich ins Handeln übertritt, indem man Verbündete aus der Politik, aus der Ärzteschaft, aus den Medien und unter der Bevölkerung mobilisiert. North verweist dabei auf die komplexen Fragen, die es zu bedenken gelte: Welche Öffnungszeiten soll es geben? Sollen Minderjährige Zutritt haben?

Soll es eigene Konsumräume für verschiedene Drogen geben (Crack, Heroin, ...)?

Wie viele Konsumräume braucht eine Stadt? Welches Personal soll dort angestellt werden?

Diskussion:

Ein Mitarbeiter der Caritas Graz fragt, was konkret der nächste Schritt sein soll.

Der Gesundheitssprecher der Grünen Kurt Grünwald wirft ein: „Ein Land muss den Anfang machen, erst dann wird der Bund nachziehen“. Alle beteiligten medizinischen Professionen müssten sich hier gegenseitig den Rücken stärken.

Nemeč möchte Schwarzmarktdrogen (wie i.v.-Substis) nicht aus einem Konsumraum ausgeschlossen wissen. Er plädiert auch für Heroin in der Therapie (anstatt von Substitutionsmitteln) „weil Heroin i.v. weniger Nebenwirkungen hat als ein intravenös injiziertes Substitutionsmittel“.

North hält Substitutionsmittel, die für den intravenösen Gebrauch bestimmt sind, für sinnvoll.

Modul 3 – Konsumräume im internationalen Vergleich

Statement von Andrea Feller, Stv. Leiterin der Hauptabteilung Sucht und Drogen, Zürich

Feller führt kurz die Situation in Zürich ein: „1992 wurde der erste Konsumraum in Zürich eröffnet. Heute gibt es vier Konsumräume. Zu den Voraussetzungen für die Inanspruchnahme des Konsumraumes zählen eine polizeiliche Meldung in Zürich, um auch andere Gemeinden in die Pflicht zu nehmen, und ein Mindestalter von 18 Jahren“. Die KonsumentInnen müssten beim Betreten des Konsumraumes einen Ausweis vorzeigen, würden jedoch nicht registriert. Die Angebote in den Kontakt- und Anlaufstellen (sowie in den vier Konsumräumen) umfassen eine soziale Grundversorgung, Beratung, Sprizentausch, Duschmöglichkeiten, Gesundheitsvorsorge etc. Bei der Eröffnung der Konsumräume wurde sowohl auf die Bedürfnisse der Bevölkerung, als auch auf jene der Polizei und auch auf die der KonsumentInnen geachtet. Diese gegenseitige Rücksichtnahme war und sei in Zürich ein wesentlicher

Bestandteil, der für das Gelingen dieser Projekte ausschlaggebend ist. Obwohl es trotz der Konsumräume noch einige Überdosierungen zu beklagen gebe (im Jahr 1993 waren es 64 Überdosierungen, im Jahr 2007 waren es 24) und auch die Hepatitis C-Rate noch hoch sei „ist durch die Konsumräume die offene Szene verschwunden“.

In Zürich gibt es laut Feller derzeit 2000-3000 Heroinabhängige, der Heroinkonsum sei aber rückläufig. Dafür steigt der Kokainkonsum.

Ein großes Problem ist, dass es für die psychischen (Begleit-)Erkrankungen kein geschultes Personal gibt. Auch das Gesetz in der Schweiz stellt den Konsum straffrei.

Statement von Wolfgang Barth, Leiter des Drogennotdienstes in Frankfurt am Main

Auch Barth stellt kurz die Situation in Frankfurt vor: „1982 wurde in Frankfurt die erste niederschwellige Einrichtung eröffnet, da die Szene immer größer wurde. Ein interdisziplinäres Team, die Montagsrunde, bestehend aus VertreterInnen der Polizei, Staatsanwaltschaft, MitarbeiterInnen des Gesundheits- und Sozialministeriums sowie der Drogenhilfe, realisierten im Jahr 1994 (ohne gesetzliche Grundlage, aber mit der Montagsrunde als Unterstützung) die Errichtung eines Konsumraumes“. Die vier bestehenden Konsumräume in Frankfurt haben von 6-24 Uhr geöffnet und sind kein anonymes Angebot, d.h., die KonsumentInnen werden dort registriert (derzeit sind 7000 von ca. 10 000 KonsumentInnen registriert). Die Registrierung wird aber von nahezu der ganzen Klientel akzeptiert.

Ab Ende der Neunzigerjahre ergab sich ein Konflikt zwischen Crack- und HeroinkonsumentInnen (aufgrund der entgegengesetzten Wirkungen dieser Drogen). Mittlerweile gibt es im Dachgeschoß einer Einrichtung eine Substi-Ambulanz und einen eigenen Rauch-Raum für Crack, außerdem Ruhebetten und einen Shuttleservice zum Stadtrand.

Seit der Einrichtung von Konsumräumen gibt es in Frankfurt keine offene Szene mehr. Viele kommen nach Frankfurt, um sich mit Drogen einzudecken und sind froh über eine Anlaufstelle und suchen auch den Kontakt zu den Betreuenden.

Dem Dealen konnte mittels der Hausordnung entgegengewirkt werden. Die Zusammenarbeit mit der Polizei funktioniert sehr gut. Zusammenarbeit gibt es natürlich aber auch mit anderen weiterführenden Einrichtungen (z.B. betreutes Wohnen).

Statement von Hans-Ewald Gemmer, Leiter des Rauschgiftkommissariats in Frankfurt am Main.

„Anfangs gab es keine polizeiliche Strategie gegen den zunehmenden Drogenkonsum in Frankfurt („Haschwiese“). Die Bevölkerung und die Wirtschaftstreibenden litten darunter, außerdem gab es bis zu 150 Drogentode pro Jahr. Zu Beginn sprach sich die Polizei gegen Konsumräume aus, mittlerweile gibt es aber sogar innerhalb der Polizei den Ruf nach mehr Öffnungszeiten. Das Problem des Dealens ist aber noch nicht ganz aus der Welt geschafft. Oft sind Heroinabhängige nicht mobil genug, um am

anderen Ende der Stadt Drogen zu erwerben“. Auch Gemmer betont die gute Zusammenarbeit mit dem Personal der Konsumräume. Die Polizei könne eine Unterstützung für die Klientel sein, wenn beispielsweise aggressive KonsumentInnen festgenommen werden etc.

Diskussion:

Die Frage aus dem Publikum, ob getrennte Konsumräume für Männer und Frauen gewünscht werden, wird von Feller verneint (ca. zwei Drittel der Konsumierenden in Zürich seien Männer). Minderjährige KonsumentInnen werden in Zürich übrigens an das Jugendamt verwiesen.

Auf die Frage welches Personal in den Konsumräumen in Frankfurt arbeite antwortet Weimer: „In den Konsumräumen in Frankfurt arbeiten u.a. Studierende (meist aus dem Bereich Medizin, Pädagogik usw.), befristet auf 24 Monate“.

Weimer ergänzt, dass es ein großes Problem sei, dass bei Kleindealern der Verkauf und Erwerb nicht genau unterschieden werden können. Oft verkaufen sie nur an FreundInnen und Bekannte. Und es stelle sich noch immer die Frage, wie man den „Drogeneinkaufstourismus“ aus Frankreich wegbekommen könne.

Feller ergänzt, dass es in der Schweiz mittlerweile das Problem mit der Klientel über 60 gibt: „Es wird versucht diese in normale Altersheime zu integrieren, ein eigenes Altersheim käme aber einer Gettoisierung gleich. Es muss jedenfalls in Zukunft gezielte Angebote für ältere Drogenkranke geben“.

Abschließende Podiumsdiskussion:

Erwin Rasinger, ÖVP Gesundheitssprecher und praktischer Arzt

„Ich bin selbst mit Substitutionspatienten betraut: Es mangelt an Verständnis in der Bevölkerung, es ist nach wie vor kein common sense, dass Drogensüchtige Kranke sind“. Rasinger empfindet das Wiener Modell als ein gutes, in den anderen Bundesländern sehe es aber anders aus. Die Substitutionstherapie wird in Wien von der Krankenkasse bezahlt.

Für Rasinger hat ein Konsumraum keine Priorität, sondern wichtiger sei es der Wohnungslosigkeit der PatientInnen entgegenzuwirken etc. Rasinger befindet die Akzeptanz eines Konsumraumes innerhalb der Bevölkerung als zu gering und kann sich eine baldige Realisierung eher nicht vorstellen.

Kurt Grünewald, Gesundheitssprecher der Grünen

„Diese Akzeptanz kann von der Politik geschaffen werden“! Grünewald kritisiert, dass der Behandlungsvertrag aufgelöst wird, sobald es zu Nebenkonsum kommt und vergleicht die Drogensucht mit Diabetes. „Niemand käme auf die Idee einen Zuckerkranken zu bestrafen, weil er seine Diät nicht hält“. Außerdem weist er auf zusätzliche ökonomische Argumente hin, die für einen Konsumraum sprechen.

Nibaldo Vargas, Kontaktladen Graz

„Konsumräume müssen auch Anlaufstellen sein und Beratungsstellen sein. Es gibt eine ganze Reihe an Problemen, mit denen man in Einrichtungen konfrontiert wird. Zum Beispiel ist es für schwerst Suchtkranke, die oftmals nahezu mittellos sind, ein Problem beim Schwarzfahren erwischt zu werden=> Hohe Schulden!“

Alfred Springer, Ludwig Boltzmann-Institut für Suchtforschung

„Die Behandlungskonzepte wurden von der Bevölkerung immer akzeptiert. Probleme gibt es nur, wenn es zu einer Missinformation der Bevölkerung und zu einer Panikmache kommt (vgl. Gesamtschule)“.

Im Zusammenhang mit Konsumräumen sagt Springer, dass es „zu einer Fetischisierung von Wissenschaftlichkeit komme. Denn um akzeptiert zu werden, muss ein Konsumraum ja immer extrem wissenschaftlich aufbereitet sein“.

Springer würde es für klug halten, wenn verschiedene Konsumraum-Konzepte parallel geführt werden (i.v.-Substis erlaubt/nicht erlaubt, Crack und Heroin gemeinsam/getrennt) und sie dann zu vergleichen. Springer jedoch bezweifelt, dass es in Österreich zu einer raschen Umsetzung von Konsumräumen kommen wird.

Frage aus dem Publikum: Wie konnte es zu so einer überfallsartigen Umsetzung der neuen Substitutionsverordnung kommen? Es gibt offenbar innerhalb der ÖVP große Differenzen (Rauch-Kallat und Kdolisky für Substitutionsverordnung, andere dagegen).

Rasinger: „Die Substitutionsverordnung ist überarbeitungswürdig, aber insgesamt notwendig, um den Schwarzmarkt einzudämmen. Es gibt zu wenig wissenschaftliche Studien darüber, wie der Schwarzmarkt wirklich aussieht“.

Frage aus dem Publikum: „Wie schädlich ist der i.v.-Konsum von Substitutionsmitteln wirklich?“

Springer: „Es ist oft schwierig die Todesursache auf eine einzige Droge zurückzuführen. Der i.v.-Konsum von Substis ist auf jeden Fall schädlich, aber nicht immer die sichere Todesursache.“

Frage aus dem Publikum: „Herr Rasinger, sind nun Konsumräume in Österreich rechtlich möglich?“

Rasinger: „Die Umsetzung wäre jetzt schon rechtlich straffrei. Aber ich halte es für sinnvoll, vorher die Vor- und Nachteile herauszufinden und nicht einfach einen Konsumraum zu installieren“.

Am 15.11.07 in Wien, Parlament

TN 58

Teilkosten 1.476

pI10.009 Lefoe Rechte SexarbeiterInnen

SexarbeiterInnen haben Lust... auf ihre Rechte!

Von 8. März bis 2. Juni 2007 fand die erste bundesweite Kampagne für die Rechte von SexarbeiterInnen in Österreich statt. Unter dem Titel „SexarbeiterInnen haben Lust... auf ihre Rechte!“ luden die Organisatorinnen zu über 25 Veranstaltungen, die sich auf unterschiedliche Art und zum Teil provokativ mit dem Thema Sexarbeit auseinandersetzten. „Wir sind mit dem Erfolg und der Resonanz der Kampagne sehr zufrieden.

Die Botschaft ist angekommen: die Rechte von SexarbeiterInnen sind untrennbarer Teil der Menschen- und Frauenrechte“, fasst Cristina Boidi vom Verein LEFÖ, den Initiatorinnen der Kampagne, zusammen. „Durch die Vielfalt der Veranstaltungen haben wir nicht nur ein großes Publikum und über 800 BesucherInnen allein in Wien erreicht, sondern eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem Thema ermöglicht. Wir waren von dem großen Interesse und den positiven Rückmeldungen überwältigt“, so Boidi weiter. LEFÖ hofft, dass den Worten auch Taten folgen. „Unsere langjährigen Forderungen nach Anerkennung und Umsetzung der Rechte von Sexarbeiterinnen sind mittlerweile auch zu Forderungen verschiedener politischer AkteurInnen geworden. Wir wünschen uns eine enge Zusammenarbeit bei der Umsetzung dieser Rechte“, betont die LEFÖ-Koordinatorin.

Die Kampagne „SexarbeiterInnen haben Lust... auf ihre Rechte!“ wurde von verschiedenen NGOs und Einzelpersonen unterstützt und forderte die Umsetzung der Menschen-, Arbeits- und MigrantInnenrechte, die SexarbeiterInnen nach internationalen Übereinkommen zustehen. Anlässlich des Internationalen Hurentags am 2. Juni lud LEFÖ zur Abschlussveranstaltung vor die Stadtbücherei in Wien.

„Obwohl wir die Kampagne symbolisch abgeschlossen haben, arbeiten wir wie bisher weiter für die rechtliche Gleichstellung von SexarbeiterInnen, für eine Aufenthalts- und Niederlassungsmöglichkeit von migrantischen SexarbeiterInnen und gegen die institutionalisierte Doppelmoral“, so Boidi abschließend. LEFÖ arbeitet seit 15 Jahren und als erste Organisation in Österreich für die Rechte von SexarbeiterInnen und unterstützt migrantische Sexarbeiterinnen durch Beratung, Streetwork und kulturelle Mediation.

Am 08.03.07 in Wien

TN

Teilkosten 219,17

pI10.010 Theaterworkshop Sanjoy Ganguly

Bericht Veranstaltungsreihe mit Sanjoy Ganguly in Wien

Samstag, 16.06.: Soli-Fest für Jana Sanskriti und Malworkshop mit dem baskischen Friedensaktivisten Alex Carrascosa, Ankunft Sanjoy Ganguly

Sonntag, 17.06.: Beginn des viertägigen Workshops zum Thema ‚Creating Relations‘, Forumtheater

Montag, 18.06.: Workshop, abends ein Vortrag im Afro-Asiatischen Institut Graz (in Zusammenarbeit mit InterAct, der Gesellschaft für bedrohte Völker und Südwind)

Dienstag, 19.06.: Workshop

Mittwoch 20.06.: Workshop, abends Forumtheateraufführung am UniCampus Wien

Donnerstag 21.06.: Diskussion Sanjoy Ganguly und Gerald Faschingeder zu Methoden befreiender Bildung in asymmetrischen Beziehungsverhältnissen

Der von der GBW unterstützte Theaterworkshop war sehr erfolgreich. TeilnehmerInnen des Workshops waren Mitglieder der Forumtheatergruppen TdU-Wien, Keine_Uni Forumtheatergruppe und Spielerei wie auch GästInnen aus Spanien, interessierte Studierende und KünstlerInnen.

Die Abschlusspräsentation im UniCampus, Hof 2 war außerordentlich gut besucht und stieß allseits auf großes Interesse und erhielt gutes Feedback. Der Wunsch nach Wiederholungen solcher Veranstaltungen und der öffentlichen Diskussion zu Konfliktthemen mit theatralen Mitteln wurde geäußert.

Im Workshop behandelte Themen waren: die Angst vor freier Meinungsäußerung, Konflikte rund um bi-kulturelle Ehen und Beziehungen, inklusive Asylrecht, Arbeitsplatzsituation und Ähnlichem, strukturelle Gewalt in zweisprachigen Gebieten, Benachteiligung von Frauen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Zusammenhängen, Gewalt in Familien, Polizeigewalt.

Am 16.06.07 in Wien

TN 22

Teilkosten 200

pI10.012 Mitgliedsbeitrag Attac

Teilkosten 1.000

pI10.014 ÖH Uni Wien Studienfahrt Südpolen

Studienfahrt nach Südpolen – Abschlussbericht

27. April – 1. Mai 2006

Ziele:

Die ÖH Uni Wien organisierte in Zusammenarbeit mit dem Renner Institut und dem Bildungsverein politai eine Studienfahrt in den Süden Polens. Diese Fahrt bot 30 interessierten Studierenden der Universität Wien sowie Austauschstudentinnen und -studenten die Möglichkeit, an authentischen Orten der Scho'ah Geschichte zu erleben.

Ziel dieser Studienfahrt war es, Wissen über die Geschichte Ostmitteleuropas, über die Kulturgeschichte des Ostjudentums und über die Gräueltaten im Nationalsozialismus zu vermitteln. Weiters war ein Fokus der Reise die Auseinandersetzung und Diskussion über die verschiedenen Gesichtsperspektiven, vor allem mit Hilfe der Austauschstudierenden.

Die Studienreise bestand grob gesagt aus zwei Teilen. Beim ersten und vorbereitenden Teil lernten die TeilnehmerInnen und Teilnehmer Krakau und Kazimierz, das ehemalige jüdische Viertel von Krakau, sowie die jüdische Geschichte, Kultur und Religion kennen. Dies

alles wurde ihnen in Form von Stadtführungen, Vorträgen, Diskussionen und Workshops näher gebracht.

Im zweiten Teil wurden die Stätten der Vernichtung – das Stammlager Auschwitz sowie das Vernichtungslager Birkenau – selbst aufgesucht. Ein wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte – Janusz Włosiak – gab eine Einführung in die Geschichte des Lagers.

Die Studienfahrt fokussierte aber nicht allein auf die Vergangenheit, sondern thematisierte in einer Reflexions- und Diskussionsrunde auch Fragen der Gegenwart und der Zukunft: Sind in Österreich (und in Europa) die Verbrechen der Nazis wirklich aufgearbeitet worden? Sind Rassismus und vor allem Antisemitismus heute noch ein Problem? Was können wir für eine friedliche und rassistisfreie Zukunft tun? Welchen Anfängen ist heute zu wehren?

Ablauf:

Tag 1 (Donnerstag, 27. April)

Die Ankunft erfolgte am späten Nachmittag, an diesem Tag besichtigten wir die historische Altstadt mit den wichtigsten Sehenswürdigkeiten, unter anderem die Jagiellonische Universität. Unter der Führung von Jakob Schleicher ging es vom Florianitor, dem letzten erhalten gebliebenen Rest der Stadtmauer, an der Marienbasilika vorbei über den Rynek (Hauptplatz) und durch das Universitätsviertel mit dem altherwürdigen Collegium Maius zum Wawel, der Königsburg.

Nach der Führung gab es die Gelegenheit einer gemeinsamen Abendgestaltung, die von vielen Menschen genutzt wurde, um sich besser kennen zu lernen.

Tag 2 (Freitag, 28. April)

Vormittags gab es die Filmvorführung „Five Polish Cities“ als Vorbereitung zur Führung durch Kazimierz, der mittelalterlichen Gegenstadt zu Krakau und auch das ehemalige jüdische Viertel: Alte Schul, Remuh- Synagoge, Neuer Tempel und die beiden jüdischen Friedhöfe.

Nach dem Mittagessen besichtigten wir Podgórze, das einstige Ghetto, die Apotheke zum Adler, einen der Orte des Widerstands im Krakauer Ghetto sowie das Gelände, auf dem sich das ehemalige Konzentrations- und Arbeitslager Płaszów in Krakau befand.

Tag 3 (Samstag, 29. April)

Hauptprogrammpunkt an diesem Tag war der Besuch des Stammlagers Auschwitz I mit einer intensiven Führung und einer darauf folgenden individuellen Besichtigung der einzelnen Nationalausstellungen.

Danach führte die Reise nach Oświęcim in das Auschwitz Jewish Center, wo eine wissenschaftliche Mitarbeiterin über die Geschichte des Judentums speziell in Oświęcim berichtete.

Tag 4 (Sonntag, 30. April)

An diesem Tag besichtigten wir das ehemalige Vernichtungslager Birkenau (Auschwitz II). Anschließend begegneten die Teilnehmenden Henryk Mandelbaum im Auschwitz Jewish Center, einem Überlebenden der Scho'ah, der dort selbst 1944 interniert und dem Sonderkommando, das in den Gaskammern und

Krematorien arbeiten musste, zugeteilt worden war. Es kam zu einer Fragerunde und Diskussion mit Herrn Mandelbaum.

Anschließend fand eine Reflexions- bzw. Diskussionsrunde über das Gesehene, besonders über die Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz und Birkenau, als auch über das Zeitzeugengespräch mit Henryk Mandelbaum statt. Die Diskussion mündete schließlich in der Frage, inwieweit Antisemitismus und Rassismus noch immer Kategorien politischen Handelns sind, inwieweit wir uns mit eigenen Vorurteilen auseinandersetzen müssen und sollen, welche Konsequenzen damit verbunden sind und dass diese Themen einer ständigen Auseinandersetzung bedürfen.

Tag 5 (Montag, 1. Mai)

Dieser Tag bot die Möglichkeit, entweder das Salzbergwerk Wieliczka, welches von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt wurde, oder einen Jiddisch-Blitzkurs für BlitzgneißerInnen bei Jakob Schleicher zu besuchen.

Da beide Angebote fakultativ waren, hatten die TeilnehmerInnen auch die Möglichkeit, den Tag alleine für sich zu verbringen und über das Gesehene nachzudenken.

Dank der Unterstützung des Rennerinstituts, der Hauptuniversität Wien, des DLE Forschungsservice und Internationale Beziehungen, der Grünen Bildungswerkstatt, des Bildungsvereins politai, der ÖH Uni Wien sowie durch die Sonderprojekttöpfe der ÖH Uni Wien und der ÖH Bundesvertretung war es möglich, den SeminarteilnehmerInnen eine Reihe von Vorträgen und Workshops mit Vortragenden zu bieten und darüber hinaus eine Begegnung mit einem Holocaust-Überlebenden zu realisieren.

Weiters ist einer Reihe von Institutionen und Privatpersonen zu danken, welche diese Veranstaltung je nach Möglichkeit finanziell oder anderwärtig unterstützten. Darüber hinaus wäre eine Realisierung des Projekts ohne die ehrenamtliche Tätigkeit vieler engagierter Personen und Organisationen nicht denkbar gewesen.

Am 09.07.07 in Polen

TN 21

Teilkosten 400

pI10.016 Entwicklungsziele

Projekt: Die Millennium-Entwicklungsziele der UNO: 8 taugliche Wege aus der Armut?

VS-Beschluss GBW-W von 12.09.07: € 300.

Kooperationspartner: Jugend für eine Welt

Kostenteilung: 50:50

Termin: Do. 27.09.2007 19:00h im Otto Mauer Zentrum (1090, Währingerstr. 2-4)

Art der Veranstaltung: Podiumsdiskussion

TeilnehmerInnen am Podium: P.Savio Silveira SDB, Mag.a Martina Neuwirth (Grüne), Dr. Walter Schicho (Uni Wien); Moderation: Mag.a Eva Klawatsch-Treitl

TN: 17 (6 M, 11 F)

Nach der Vorstellung der Millennium Ziele der UNO, berichtet Pater Savio über seinen Einsatz im Sudan.

MZiel 1) Ausmerzung von Armut und Hunger: 90% der Menschen in P. Saverios Einsatzgebiet haben weniger als 1 Dollar pro Tag zur Verfügung

MZiel 2) Grundschule für alle: 75% der Kinder ohne Schule

MZiel 3) Gendergerechtigkeit: 84% der Mädchen gehen nicht zur Schule; 90% der Frauen sind nicht alphabetisiert.

MZiel 4) Reduktion der Kindersterblichkeit: Von 1.000 Geburten sind 150 Totgeburten; jedes 4. Kind stirbt vor dem 5. Geburtstag

MZiel 5) Müttersterblichkeit – Gesundheit: nur 5% der Geburten werden von Hebammen oder ÄrztInnen betreut

MZiel 6) Kampf dem HIV/AIDS, Malaria, etc.: ca. 1 Arzt auf 100.000 EinwohnerInnen; 2,6% der Menschen leiden an HIV

MZiel 7) Nachhaltigkeit – Umwelt: 70% der BewohnerInnen haben kein sauberes Trinkwasser, 80% keinerlei hygienische Einrichtungen

MZiel 8) globale Partnerschaft für Entwicklung: Süd Sudan hat keine formalen Wirtschaftsstrukturen; 0,1% der Bev. hat ein Telefon

Die MZiele fördern das Bewusstsein für Entwicklung, Forschung über Sudan erhielt Auftrieb, neue Impulse kamen, neue Unterlagen zum status quo wurden erarbeitet und sind hilfreich; durch die MZ gibt es eine gemeinsame Plattform für die Arbeit der NGOs.

Die konkrete Situation im Süd Sudan ist in den MZ nicht berücksichtigt, Korruption kommt darin nicht vor.

Die MZ sind nur eine moralische Verpflichtung und zwingen die Regierungen zu keiner entsprechenden Politik. MZ sprechen nur lokale Strukturen an. Afrika wird einfach als instabiler Kontinent abgetan, der Waffenhandel dorthin wird nicht thematisiert, ebenso wenig die unfaire Handelspolitik. Die Verantwortlichkeit globaler Strukturen wird nicht angesprochen. Die Grundprobleme der Armut werden nicht thematisiert. Dennoch sind die MZ wirksam, weil sich Entwicklungsgruppen engagieren.

Walter Schicho unterstreicht die negativen Erfahrungen von P. Savio und gegen dessen positive Einschätzungen Vorbehalte. Die MZ sind die bisher größte UN Kampagne zur Entwicklungspolitik, dennoch wissen die Menschen nicht wie sie funktionieren und warum wir mitmachen sollen. Im Durchschnittshaushalt Österreichs spielen sie keine Rolle.

Wer öffentliche Förderungen braucht, muss seine Arbeit in Bezug zu den MZ setzen. Die MZ sind leider kein richtungweisendes Entwicklungskonzept. Über die Verantwortlichkeit der Staaten des Nordens wird geschwiegen. Die Ursachen der Armut sind multikausal, der Ansatz der MZ ist monokausal (Geld).

Die besonderen Bedürfnisse der Regionen müssen stärker beachtet werden.

Martina Neuwirth

sieht die MZ etwas positiver; sie verpflichten Geber- und Empfängerländer, es gibt endlich regelmäßige Überprüfungen und Berichte. Endlich sind auch Gendergerechtigkeit, Frauenqualifikation und Nachhaltigkeit Ziele der Entwicklungspolitik.

Leider sind Klimawandel, Friedenssicherung, Arbeitsplätze für Qualifizierte und das globale Finanzsystem nicht Thema.

Die MZ sollten mehr Geld für Entwicklungspolitik beschaffen, es bleibt beim Wunschenken. Auch Österreich bleibt Einiges schuldig, aber endlich denken die Minister darüber nach, wie sie die Zahlungsziele (2010 0,56% vom BIP 2015 0,7%) erreichen könnten.

Die MZ geben zumindest eine Richtung vor. Leider halten auch die Empfängerstaaten ihre Ziele nicht ein.

Am 27.09.07 in Wien

TN 17

Teilkosten 340

pI10.017 Schulprojekt Kameraüberwachung- Second Life

Veranstaltungsberichte Herbstprojekt „Masken – Realität im Graubereich“

Sa. 17.11., 19:00 „First Life / Second Life“
oder „...die Konstruktion der Wirklichkeit“

Die Arbeit „Total digital ... oder das Ende der Mühsal“ der Mediengruppe „pixel-orange“ (Marita Haas und Johannes Sperlhofer) beschäftigt sich mit den Faktoren Zeit und Vergänglichkeit und wird mit der Projektion realer Gegenstände in eine Welt der künstlichen Objekte einen „faulen und unperfekten“ Fußabdruck hinterlassen. In einer digitalen Kunstausstellung wurden „vergängliche“ Objekte aus der OHO-Galerie auf eine Plattform der NetzKunstWerkStadt, einem Kunstraum im Second Life, projiziert und im Gegenzug Kunstaktionen dieser 3D-Welt ins OHO übertragen. Bei der Eröffnung ging Dr. Wolfgang Zinggl auf die Idee von Konzeptkunst im virtuellen Raum ein. Das Projekt läuft zurzeit noch und kann unter der URL: <http://slurl.com/secondlife/Livigno/165/177/618/> betrachtet werden. Die Gegenstände haben sich schon sehr verändert und „the mice is very disgusting“ wie eine Second Life Besucherin bemerkte.

Der bekannte französische Autor von „Goodbye Tristesse“, Camille de Toledo, diskutierte mit Wolfgang Zinggl (Kulturkritiker), Philipp Ikarth (Jugendmarketing / Jugendforschung), Anna Dorfner (Philosophiestudentin) und Martin Blumenau (Diskussionsleitung – Moderator von FM4) über Kommunikation, Demokratie und Politik in der anonymen Welt des Netzes. Dabei wurde die Diskussion bidirektional ins Netz übertragen, sodass auch die Mitspieler von Second Life sich daran beteiligen konnten. Leider fror die Übertragung ins Second Life nach einer Stunde ein. Die Diskussion war sehr lebhaft und es kristallisierten sich zwei sehr konträre Standpunkte heraus. Wobei die PhilosophInnen eher warnend und kritisch die Idee des „alles ist möglich“ hinterfragten und die Userjugend die Möglichkeiten des spielerischen Elements betonten. Interessant war auch die Fragestellung eines Journalisten an den französischen Autor Camille de Toledo: „What the hell do you do in Oberwart.“ und Camille selbst, der meinte, da müsse er extra von Paris nach Österreich in die Provinz fahren um solch eine Ausstellung und Diskussion miterleben zu können.

Fr. 23.11., 20 :00

„Supervice CCTV“

In diesem Schulprojekt wurde das Offene Haus Oberwart in „private“ und „öffentliche“ Zonen eingeteilt und videoüberwacht. Die Schüler der HBLA Oberwart und den KünstlerInnen Herbert Kopitar und Kathrin Kaiser wollen mit diesem Projekt auf die vielfältigen Überwachungs- und Spurensicherungsmöglichkeiten im Netz aufmerksam machen. Durch Gestaltung der Ausstellung, Recherche und Montage von Kameras im ganzen Haus wurden die SchülerInnen direkt in das Projekt einbezogen. Bei der Vorstellung des Projektes am Freitag den 23.11. wurde diese Überwachungssituation mit Leinwänden, Fernsehern Fotografien und direkt auf der Mauer angebrachten Zitaten sichtbar gemacht. Es entstand ein Spiegelkabinet der Überwachung. Dieses Projekt lief parallel mit der Ausstellung „First Life / Second Life“ und endete am 21.12.2007. Die BesucherInnen hinterließen also seit dem 23.11. ihre ganz persönlichen Datenspuren im Offenen Haus.

Am 17.11.07 in Offenes Haus Oberwart

Teilkosten 300

Projektkosten: 8.685,17

pI11 Workshops politische Bildung

pI11.001 Workshop Frigga Haug

Der GBW Wien Vorstand und die GBW Wien MitarbeiterInnen versuchten in einem Workshop mit Frigga Haug das Verhältnis von Reform und Revolution in der Politik auszuloten.

Dabei wurde besonderes Augenmerk auf Rosa Luxemburg gelegt und versucht aus ihrem Umgang mit Fehlern, Wege für die eigene Politik zu suchen.

Es wurde deutlich, dass vor allem die Verknüpfung von Gegensätzen große Schwierigkeiten bereitet. Um diese Verknüpfung mit Rosa Luxemburg herzustellen bedarf es einer revolutionären Reformpolitik, die sich selbst noch nicht kennt.

Zentrales Augenmerk scheint der Analyse herrschender Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft zuzukommen. Die TeilnehmerInnen stellten sich Fragen wie: „Wie machen wir Politik?“, „Wie reproduziert sich Gesellschaft?“, „Wie bin ich an der Reproduktion von Herrschaft beteiligt?“

Am 13.10.07 in Wien

TN 11

Teilkosten 503,58

pI11.002 Gramsci Symposium

Am Freitag, dem 14. Dezember hatten wir einen sehr interessanten und tollen ersten Symposiumstag. Unsere Erwartung hinsichtlich der BesucherInnen wurde phänomenal übertroffen. So kamen zu den Einführungsworkshops an die 140 Menschen und bei der abendlichen Podiumsdiskussion waren es knapp 200. Inhaltlich konnten mit dem offenen Konzept der Einführungsworkshops viele Menschen mit dem Denken Gramscis angeregt werden.

Viele Stimmen behaupteten im Anschluss der Podiumsdiskussion, diese sei seit langem eines der besten Events in der „linken alternativen“ Szene gewesen. So unterschiedliche Zugänge wie z.B. Gewerkschaft, Soziale Bewegung, Politik etc. waren präsent und diskutierten angeregt miteinander. Ein mehr an (Grünen Bezirks-)PolitikerInnen hätte ich mir im Publikum gewünscht...

Samstag Vormittag um 10h fanden sich an die 50 Personen zur Buchpräsentation „Mit Gramsci arbeiten“ von den Hrg. Merkens/Diaz (das ich übrigens sehr empfehle!) ein. Ab Mittag wurde der Ansturm an Interessierten wieder größer und so waren um die 130 Menschen in den thematischen Workshops. Diese mussten leider um 18h pünktlich aufhören und leider blieb zu wenig Zeit, sich vertiefend mit den Themen zu beschäftigen. Ich denke, wir haben unglaublich viel angerissen und ich wette, dass hier großes Interesse geweckt wurde.

Die BesucherInnen, (Studis, Kulturschaffende, geladene WissenschaftlerInnen etc.) gaben uns total nettes Feedback. Da ich organisatorisch so im Zentrum stand, blieb mir der „objektivere“ Blick auf die Veranstaltung verwehrt. Aber allein das große Interesse, das dieses Symposium auslöste, machte die Veranstaltung zum Erfolg.

Auf der Homepage <http://www.gramsci.at> folgt eine Dokumentation zu den Workshops.

Vom Alltagsverstand zum Widerstand

Wieso und in welcher Weise ist das Denken von Antonio Gramsci heute für uns relevant? Und wie kann am Alltagsverstand angeknüpft werden, um Elemente der Emanzipation und des Widerstands zu gewinnen? Dies waren die zentralen Fragen, denen sich die TeilnehmerInnen der Podiumsdiskussion stellten.

Angelika Striedinger moderierte die Podiumsdiskussion, die im Rahmen des zweitägigen Gramsci-Symposiums in Wien stattfand, und öffnete das Feld der Auseinandersetzung mit der Frage nach der Relevanz von gramscianischen Ansätzen. Bernd Röttger hob die verschiedenen Rezeptionsphasen von Gramsci hervor. Während in den 1970er Jahren Gramsci in erster Linie als Staatstheoretiker diskutiert wurde, könne jetzt ein neuerliches Erstarken einer Gramsci-Rezeption beobachtet werden, die vor allem auf seine hegemonietheoretischen Ansätzen zurück geht. Darüber hinaus wurde die Gramsci-Rezeption lange Zeit dadurch erschwert, dass nur ein Bruchteil der Texte des italienischen Kommunisten auf Deutsch vorlag. Die mittlerweile vollständig ins Deutsche übertragenen Gefängnishefte würden die produktive Auseinandersetzung mit Gramsci wesentlich erleichtern, so Röttger.

Für ihn liegt die große Herausforderung in der sorgfältigen Interpretation und Aktualisierung gramscianischer Theorie, da sie weder klare Rezepte noch explizite politische Handlungsanweisungen beinhalte. Es müsse vielmehr am herrschaftskritischen Blick, den das Gesamtwerk prägt, angeknüpft werden. „Die Aktualität von Gramscis Denken verdeutlicht sich in der konsequenten Verbindung von ökonomischer, politischer und kultureller Analyse“, stellt

Bernd Röttger fest. Eine solche Analyse erlaube es auch, die kapitalistische Marktwirtschaft nicht nur aus ökonomischer Perspektive zu untersuchen, sondern auch die politische Hegemonie, die sich darin ausdrückt und den Markt strukturiert, in den Blick zu nehmen.

Hegemoniale Wissensproduktion

Stefanie Wöhl, Politologin an der Universität Wien, betonte die Relevanz von Gramscis Denken für aktuelle Untersuchungen, die sich mit den Bedingungen der Wissensproduktion beschäftigen. Die Universitäten seien durch die neoliberalen Restrukturierungen und den zunehmenden Einfluss privater GeldgeberInnen auf die Lehr- und Forschungsschwerpunkte zu Orten einer Wissensproduktion geworden, die bestehende Herrschaftsverhältnisse legitimiere. Gramscis Denken könne in diesem Zusammenhang dafür verwendet werden, um die Prozesse, in denen partikuläre Ideologien und Interessen hegemonial und somit allgemein gültig werden, kritisch zu untersuchen. Wöhl illustriert diese Entwicklung mit einem konkreten Beispiel: Während (herrschafts-)kritische feministische Ansätze weitgehend marginalisiert sind, erfreuen sich die Gender Studies über den Status als legitimes Wissen. Dass die Gender Studies dabei eines Großteils ihres kritischen Potenzials verlustig gingen, sei lediglich Resultat der hegemonialen Zurichtung des Wissens, schließt Wöhl.

Gramsci als Theoretiker des Scheiterns?

Für Daniel von Fromberg, Gründungsmitglied von reflect!, erschließt sich die Aktualität gramscianischen Denkens aus seiner Einschätzung, dass es sich bei Gramsci um einen Theoretiker des Scheiterns handle. Durch den unaufhaltsamen Aufstieg des italienischen Faschismus habe sich Gramsci der Frage zugewandt, wie sich herrschaftliche Strukturen im Staat und in der Zivilgesellschaft bilden und reproduzieren. Ausgehend von der Einsicht, dass die Eroberung der Staatsmacht nicht ausreiche, um eine tiefgreifende gesellschaftliche Veränderung zu bewirken, entwickelte Gramsci das Konzept der Hegemonie. Gramsci zufolge stellt sich Hegemonie über einen Konsens, der aber auch eine Reihe von Zwängen umfasse, her. Die Zivilgesellschaft und die vielen dem Staat vorgelagerten Institutionen, wie Schulen, kulturelle Vereine, Interessensvertretungen, Universitäten und kirchliche Einrichtungen, sind für diesen Prozess der Konsensbildung zentral. Und: Die von Gramsci gestellten Fragen seien heute aktueller denn je, betont Fromberg. „Weil der Neoliberalismus in den Köpfen der Menschen hegemonial ist, funktioniert er, obwohl er zu einer dramatischen Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich führt“, resümiert Fromberg.

Über das langfristig Wesentliche und kurzfristig Dringliche Karin Fischer, Lehrende am Projekt „Internationale Entwicklung“ unterstrich in ihrem Statement die Relevanz von Gramsci für die Entwicklung emanzipatorischer Theorie und Praxis, da Gramscis Schriften eine Einladung zu einem Denken darstellen, das reflexiv und komplex voranschreitet. In Ergänzung zu dem Aspekt des Konsenses für die Herausbildung von Hegemonie betonte Karin Fischer die Notwendigkeit, die autoritären Aspekte von Hegemonie, nämlich Zwang und Gewalt, stärker in den

Blick zu nehmen. Gerade aus der Analyse des Nord-Süd-Konfliktes wäre es augenscheinlich, dass über die Anwendung von (struktureller) Gewalt und ökonomischen Sachzwängen Herrschaft gesichert wird. Dabei gehe es viel weniger um die Herausbildung eines neuen „historischen Blocks“, sondern um die Verteidigung und Befestigung historisch gewachsener Herrschaftsblöcke.

Am Beispiel der Gewerkschaften und der grünen Partei illustrierte Karin Fischer die integrative Kraft von Hegemonie: Die Gewerkschaften seien mittlerweile vollkommen in die korporatistische Logik der kapitalistischen Marktwirtschaft integriert, auch weil sie es vernachlässigt hätten, eine autonome Machtpolitik zu betreiben. Die grüne Partei, die Karin Fischer als zweites Beispiel anführte, hätte sich ungemein schnell an das institutionelle Arrangement angepasst und in diesem Prozess die Radikalität, die sich etwa in der Auseinandersetzung mit Themen wie Ökologie, Nachhaltigkeit und Wachstum manifestierte, verloren. Ausgestattet mit diesen historischen Erfahrungen müsse es jetzt darum gehen, eine von Gramsci geleitete Klärung der Strategie und der Organisation in Angriff zu nehmen, bevor das institutionelle Terrain des Staates betreten werde. Es gehe also darum, „perspektivisch das langfristig Wesentliche und kurzfristig Dringliche zu verbinden“, so Karin Fischer.

Politisierung der Alltagserfahrung durch kollektive Lernprozesse

Gramsci verweist in seinen Schriften immer wieder auf die Frage der Organisation, da die Herausbildung von Hegemonie immer mit Prozessen erfolgreicher Organisation zusammenhänge. Bernd Röttger plädierte deswegen auch für eine organische Verbindung von Kämpfen, weil der vereinzelte Kampf stets Gefahr läuft, nicht gehört und gesehen zu werden. Nur über die Politisierung des Alltagsverstands und eine intelligente Verbindung dieser Politisierungsprozesse in Form kollektiver Lehr- und Lernerfahrungen werde es möglich, die bestehende Hegemonie zu überwinden. (raf)

Am 14.12.07 in Wien
TN 300
Teilkosten 3.027,19

Projektkosten: 3.530,77

Summe Projekte: € 25.633,98

Summe Sonderprojekte: € 0,00

Summe Internationale Projekte: € 28.865,42

Summe Bildungsaufwand im Topf A

Personalkosten: € 40.886,56

Summe Bildungsaufwand im Topf A

Abzug für interne Kostenbeiträge: € -386,00

Somit betrug der unmittelbare Bildungsaufwand

in Wien im Jahr 2007 € 94.999,96

Anzahl Aktivitäten 72

Teilnehm. gesamt 2.277

Teilnehm. Seminare, Workshops, ArbK	253
Teilnehm. Vorträge, Referate	110
Teilnehm. Podiumsdisk., Tagung	508
Teilnehm. Diskuss., Gespräch	35
Teilnehm. Ausstellung	82
Teilnehm. Event, Fest	0
Teilnehm. Sonstiges	1.289

Auflage gesamt 3.400

Auflage Zeitungen	2.000
Auflage Broschüren	0
Auflage Bücher	1.400
Auflage Inserate	0
Auflage Sonstiges	0